

# Leipziger Tageblatt

und  
Handels-Zeitung

Morgen-Ausgabe

115. Jahrgang

**Bezugspreis:** für Leipzig und Vorort jährlich 12,00 M., für den Rest des Reichs 14,00 M., für Ausland 18,00 M. (Postgebühren eingeschlossen). Einzelhefte 10 Pf. (Postgebühren eingeschlossen).  
Für den Rest des Reichs: monatlich 1,00 M., vierteljährlich 3,00 M., halbjährlich 6,00 M., jährlich 12,00 M.  
Für Ausland: monatlich 1,20 M., vierteljährlich 3,60 M., halbjährlich 7,20 M., jährlich 14,40 M.

Das heutige Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Reichs und des Volksamtes der Stadt Leipzig, das Amtsgericht Leipzig, sowie verschiedene andere Nachrichten.

**Anzeigenpreis:** für Leipzig und Vorort die erste Zeile 1,00 M., die zweite 0,75 M., die dritte 0,50 M., die vierte 0,25 M., die fünfte 0,12 M., die sechste 0,06 M., die siebte 0,03 M., die achte 0,01 M., die neunte 0,005 M., die zehnte 0,002 M., die elfte 0,001 M., die zwölfte 0,0005 M., die dreizehnte 0,0002 M., die vierzehnte 0,0001 M., die fünfzehnte 0,00005 M., die sechzehnte 0,00002 M., die siebzehnte 0,00001 M., die achtzehnte 0,000005 M., die neunzehnte 0,000002 M., die zwanzigste 0,000001 M.

Nr. 272

Freitag, den 10. Juni

1921

## Die wirtschaftliche Bilanz des Bolschewismus

Von unserem russischen Mitarbeiter.

Drei Jahre lang haben die Bolschewisten ihre Unfähigkeit, die russische Wirtschaft auf sozialistischer Grundlage zu organisieren, damit begründet, daß der Bürgerkrieg und die Blockade sie daran hindern. Doch als der Bürgerkrieg zu Ende gekommen war und Sowjetrußland mit anderen Ländern in Verbindung treten konnte, erfuhr man immer noch nichts davon, daß sich Sowjetrußland dem Ideal eines sozialistischen Staates nähert. Im Gegenteil, man konnte gleichzeitig mit der Eröffnung des Kampfes gegen die organisierte Arbeiterkraft Westeuropas durch den zweiten Kongreß der kommunistischen Internationale immer wieder von den Führern der Kommunisten hören, daß unter den gegebenen wirtschaftlichen Verhältnissen die Verwirklichung des Sozialismus sehr schwierig sei. Diese Ausführungen, die von Lenin, Radek und Genossen des Offiziers gemacht wurden, ließen darauf schließen, daß die russischen Kommunisten die Politik derselben „Sozialverräter“ nachahmen im Begriffe waren, die sie in einer bis jetzt in der sozialistischen Bewegung unerhört schroffen Weise bekämpft hatten. Und je schroffer und unbeugsamer die Bolschewisten gegenüber den westeuropäischen Sozialisten auftraten, je unduldsamer sie gegen die verschiedenen Richtungen der westeuropäischen sozialistischen Bewegungen wurden, desto nachgiebiger waren sie bei sich in Rußland, indem sie immer mehr einzusehen begannen, daß wirtschaftlich die Fragen nicht mit Gewalt gelöst werden können, sondern daß sie vom geschichtlichen Entwicklungsgang bedingt sind. Immer deutlicher zeigt es sich in letzter Zeit, daß die Bolschewisten zurück zum Kapitalismus abzuweichen. Dieser Abzug wurde in diesen Tagen von den Führern der bisherigen Wirtschaftspolitik der Bolschewisten klar ausgesprochen. Auf dem Kongresse der Volkswirtschaftsräte, der soeben in Moskau stattfand, haben die beiden Vorstehenden des oberen Wirtschaftsrates, Rpkow und Milutin, Programmreden gehalten, in denen sie über die nächsten Aufgaben der Wirtschaftspolitik der Sowjetrepublik sprachen und gleichzeitig selber sichtlich unbewußt ein vernichtendes Urteil über die bisherige Wirtschaftspolitik fällten.

Über die bisherige Ernährungspolitik sagte Rpkow u. a.: „Drei Jahre lang konnten wir von Jahr zu Jahr die Verminderung der Saatfläche, der Ernte und das fast vollständige Verschwinden einiger für die Industrie, für die Landwirtschaft und für die Ausfuhr wichtige Landwirtschaftserzeugnisse, wie Flach, Hanf u. a. beobachten. Das geschah nämlich darum, weil die Bauern bei der Politik gewalttätiger Requisitionen von Brot kein Interesse an der Erweiterung ihrer Saatfläche hatten. Deshalb war die Verminderung an der bäuerlichen Wirtschaft eine unerläßliche Folge jener Ernährungspolitik, die wir die ganze Zeit geführt haben. Darum war es notwendig, eine radikale Reform zur Heilung dieses krankhaften Zustandes anzuwenden. Diese Reform bestand in der Ersetzung der gewalttätigen Requisitionen durch die Naturalsteuer. Diese Steuer besteht darin, daß die Bauern nur einen Teil, und dabei nur einen ganz geringen Teil, ihrer Erzeugnisse dem Staat übergeben, während sie den anderen, größeren Teil bei sich als Privateigentum in bürgerlichem Sinne dieses Wortes lassen und ihn nach eigenem Gutdünken verwenden können.“

Dieses Bekenntnis Rpkows ist ein offenes Zugeständnis dessen, daß die vierjährige Ernährungspolitik der Bolschewisten eine Politik fortwährender Fehler war, die das herrsche Rußland einer noch nie dagewesenen Hungersnot ausgeliefert haben. Tausende von Menschen wurden seinerzeit hingerichtet oder sitzen heute noch in den Gefängnissen, nur deshalb, weil sie „spekuliert“, d. h. Lebensmittel oder Industrieerzeugnisse im freien Handel verkauft haben. Jetzt aber wird durch das Gesetz über die Naturalsteuer der freie Handel von derselben Regierung erlaubt, die ihn vier Jahre lang verfolgt und gänzlich zerstört hat.

Nur wer in Rußland war, kann sich ein Bild von den unermesslichen Qualen der Bevölkerung machen, die Lebensmittel und Gegenstände des allgemeinen Gebrauchs in winzig kleinen Mengen vom Staate erhalten hat. „Im sozialistischen Staat“, sagen die Sozialisten, „hat der Staat die Aufgabe, den Bürger in gerechter Weise mit allem was zum Leben nötig ist, zu versorgen.“ Doch da Rußland für eine sozialistische Gesellschaftsordnung noch nicht reif war, so mußte nolgedrungen die mit Gewalt eingeführte, auf sozialistischer Grundlage ruhende gleichmäßige Versorgung der Bevölkerung in eine für alle gleiche Hungersnot ausarten. Die großen Leiden der Bevölkerung waren umsonst, denn die Sowjetregierung hehrt jetzt zu denjenigen Wirtschaftsformen zurück, die vor ihr bestanden haben. Und dabei hat Rpkow selber zugeben müssen, daß nicht die Blockade und der Bürgerkrieg an der Verminderung der Saatfläche und an der Hungersnot schuld waren, sondern vor allem die Ernährungspolitik der Sowjetregierung.

Über die bevorstehende Politik der Sowjetregierung auf dem Gebiete der Industrie sagte Rpkow folgende bemerkenswerten Worte:

„Gleichzeitig mit dem Aufstieg des freien Handels ist es klar, daß wir genötigt sein werden, eine Reihe von Unternehmungen, die stillstehen oder schlecht arbeiten, zur Ausbeutung einzelnen Gesellschaften, Genossenschaften oder Privatpersonen zu übergeben. Wenn irgendeine Fabrik bei einem Privatunternehmer arbeiten kann, während sie bei uns stillsteht, wäre es ein Verbrechen, sie einem Privatunternehmer nicht zu geben, sobald wir selber nicht imstande sind sie in Gang zu bringen.“

Dieser Umstand, den Rpkow als Verbrechen bezeichnet, dauerte vier Jahre lang unter der Herrschaft der Bolschewisten.

## Die Auflösung der Einwohnerwehr

Der Vorkommerrat läßt der Reichsregierung „etwas freie Hand“.

Paris, 9. Juni.

Paris meldet: Die Vorkommerratskonferenz beschloß heute in ihrer Sitzung am Mittwoch vormittag mit verschiedenen Fragen über die Anwendung der Friedensverträge, insbesondere der Frage der Entwaffnung und Auflösung der bayerischen Selbstschutztruppen. Aus der Besprechung geht hervor, daß, falls sich England immer so handfest in der Entwaffnungsfrage zeigt, man geneigt sei, der Reichsregierung in der Frage der Auflösung des Selbstschutzes etwas freie Hand zu lassen. Die Reichsregierung hat der bayerischen Regierung die Daten mitgeteilt, an denen die verschiedenen Handlungen zur Durchführung der Entwaffnung vorgenommen werden sollen. Dieser Plan ist etwas im Rückstande im Vergleich zu dem, der in Berlin durch General Kollert im Namen der Interalliierten Kontrollkommission übergeben worden sei.

## Höfer rückt nicht weiter vor

London, 9. Juni.

Der Berliner Vertreter des Reuterschen Bureaus erfährt: General Höfer habe dem britischen Befehlshaber in Oberschlesien, General Henniker, das endgültige Versprechen gegeben, daß er nicht vorrücken werde. Man ist der Ansicht, daß das Versprechen die Aufgabe der alliierten Truppen bei der Wiederherstellung der Ordnung in den Industriegebieten sehr erleichtern wird.

London, 9. Juni.

Die „Times“ meldet aus Kattowitz, es sei zwecklos, zu erwarten, daß das Einschleichen britischer und französischer Truppen zwischen die Polen und die Deutschen Kämpfe zwischen diesen beiden verhindern werde. Die Lage sei operettenhaft. Die Anwesenheit der britischen Truppen habe bisher keine Aenderung in der französischen Politik des Geschehenlassens hervorgerufen. Die Städte des Industriegebietes lasse man nach und nach aus französischer Hand in die Hände der polnischen Aufständischen gleiten. Trotz dem Ehrenwort des französischen Generals de Brantes, daß Gleiwitz, wo sich mehrere tausend Mann alliierter Truppen befinden, von den Aufständischen nicht angetastet werden solle, kämen die Polen und setzten ihre Gewehre regelmäßig unter den Augen der französischen Posten ab. Alle Anzeichen deuteten darauf, daß die Polen beabsichtigen, Gleiwitz nächstens zu nehmen. Die Besetzung irgendeiner Stadt durch die Polen bedeute bei ihrer augenblicklichen Disziplinlosigkeit Unruhe, Plünderungen, Raub und Mord. Der Berichterstatter schließt, mit dem allen könne in wenigen Tagen Schluß gemacht werden, wenn die Alliierten energisch und gemeinsam handeln würden. Man müsse dann jedoch den Truppen die Erlaubnis zum Feuern geben.

## Das französische Flottenprogramm

(Eigener Drahtbericht.)

Paris, 9. Juni.

Das französische Flottenprogramm, das heute in der Kammer zur Beratung kommt, gibt Aufschluß über die Lehen, die die französischen Sachverständigen aus dem letzten Kriege gezogen haben. Vor dem Kriege hatte man die Flottenausgaben auf 90 Millionen Franken festgesetzt, wovon 10 Millionen für die Luftflotte bestimmt waren. Dies brachte den Vorrat von 5 Schlachtschiffen der Normandieklasse mit sich. Sie wurden schließlich doch noch bemittelt; doch wurde ihr Bau durch den Ausbruch des Krieges aufgeschoben. Die französischen Sachverständigen sind nun zu der Ansicht gekommen, daß das

Und erst jetzt, da die ganze Wirtschaft daniederliegt, nichts mehr vorhanden ist, was noch weiter ruiniert werden kann, sind Rpkow und seinesgleichen zu der Erkenntnis gekommen, daß ihre Wirtschaftspolitik ein Verbrechen gegenüber Rußland und ein Verbrechen gegenüber dem Sozialismus gewesen war, in dessen Namen die bankrotte Politik geführt wurde.

Ein noch vernichtenderes Urteil über die bisherige Wirtschaftspolitik der Bolschewisten hat der zweite Vorstehende Milutin gefällt, indem er den Satz auszusprechen wagte: „Von der Oktoberrevolution an konnte unsere Industrie von den Vorräten zehren, die schon früher vorhanden waren.“

Mit diesen Worten gibt Milutin zu, daß während der vierjährigen Periode der bolschewistischen Sozialisierungsexperimente die russische Industrie nur konsumiert, nicht aber produziert hat. Und nachdem nun die reichen Vorräte zu Ende gegangen sind, mußte auch den Experimenten ein Ende gemacht werden. Jetzt wird ein Teil der Industrie dem Kapitalismus zugeführt.

„Was jetzt haben wir“, sagt Rpkow, „unsere Konkurrenten geliebt und erschlagen auf dem Wege von Requisitionen, Konfiskationen, jetzt aber müssen wir nicht auf dem Weg der Gewalt, sondern durch eine bessere Arbeitsschichtigkeit liegen.“

Diese Worte Rpkows klingen wie ein schlechter Wit. Es ist doch lächerlich, daß dieselbe Wirtschaftsmethode, die während der letzten vier Jahre, ohne Konkurrenten zu haben, vollständig bankrott gemacht hat, jetzt, nachdem sie gesungen gewesen ist, um die kläglichen Überreste der Industrie zu erhalten, sich selber Konkurrenten zu schaffen, diese Konkurrenten überwinden will.

Schlachtschiffimmernoch einen wichtigen Faktor im Seekriege bildet. Der Bau anderer Schiffe wäre selbstverständlich, wenn sie nicht durch Riesenschiffe im Hintergrund unterdrückt werden könnten. Da man es sich aber nicht leisten kann, große Schiffe vom Typ der amerikanischen, britischen und japanischen zu bauen, so ist man zu dem Schluß gekommen, die Flottenbauten überhaupt einzuschränken und die französische Flotte auf eine Defensivmacht umzustellen. Daher will man 8 Kreuzer von 7000 oder 8000 Tonnen für die Kolonialgewässer und 18 Zerstörer bauen. Ferner wird vorge schlagen, sofort mit dem Bau von 12 großen Hochunterseebooten zu beginnen, die in der Lage sind, längere Zeit auf dem Ozean zu kreuzen.

## Der Wiederaufbau Rußlands

Berlin, 9. Juni.

Ein deutsch-englisches Abkommen über den Wiederaufbau Rußlands ist nach amtlicher Auskunft nicht abgeschlossen worden. Es ist aber ganz natürlich, daß zwischen den privaten Industrie- und Wirtschaftskreisen Englands und Deutschlands Verhandlungen über die Rußland betreffenden Fragen schweben. Das deutsche Auswärtige Amt hat keine Nachricht darüber, daß Lenin nach London kommen werde. Es liegen auch keine Anzeichen dafür vor, daß sich Einstein und Radek augenblicklich in Deutschland aufhalten.

## Die Anschließkrise in Oesterreich

Rechtfertigungsrede des Bundeskanzlers Dr. Mayr.

Wien, 9. Juni.

In der gestrigen Sitzung des Christlich-sozialen Parteitag gab Bundeskanzler Dr. Mayr zu, daß die Regierung schwach sei. Das könne nicht anders sein, weil ihr Fundament tief zu schwach sei. Die Regierung, sagte er, ist ein Produkt der Christlich-sozialen Partei, die die Macht und die Mehrheit im Nationalrat besitzt, und darauf eben kommt es an. In der Aussprache wurde anerkannt, daß in den auswärtigen Beziehungen manches erreicht worden ist. Ich gestehe offen ein, daß es mir zur Freude gereicht, es ermöglicht zu haben, mit den auswärtigen, namentlich den englischen Mächten zu guten Beziehungen zu gelangen. Jetzt beginnt aber die Arbeit auch in unsern auswärtigen Verhältnissen ungemächlich zu werden. Es hatte den bestimmten Anschein, und ich gebe mich der Hoffnung hin, daß die ausländische Kreditaktion zustande kommt. Seit kurzem zeigt das Widersachertum überall ein und konterminiert selbst die besten Absichten. Wenn ich in einem Teil der Presse lesen muß, daß meine Wenigkeit etwa gar von Ententemächten Drohnoten gegen die Abstimmung erbetelt habe, so ist das ein so albernes und verleumderisches Geschwätz, daß ich darüber eigentlich kein Wort verlieren möchte. Ich habe nicht nur nichts erbetelt, sondern von allem Anfang an in unzähligen Notizen und Besprechungen den Großmächten und der Kleinen Entente die Rechtslage klargestellt, und die Gründe sowie die Stimmung der Bevölkerung dargelegt, die zur Tiroler und Salzburger Abstimmung geführt haben. Meinen Bemühungen gelang es, für beide Abstimmungen Indemnität zu erreichen. Die Drohnoten jedoch sind spontan gekommen, je mehr die Aufregung wegen der Abstimmung bei der Großen und Kleinen Entente wuchs.

Abg. Kunschak erklärte, wenn der Parteitag, ohne der Regierung und Parteikrise Herr zu werden, auseinandergehe, so werde sich eine schiebende Krise ergeben, die sicherlich den Staat und die Partei in den Abgrund reißen würde. Es sei zweifelhaft, ob im Wege des Anschlusses die Lebensmöglichkeiten Oesterreichs sichergestellt werden könnten; denn Deutschland sei im Augenblick selbst macht- und wehrlos. Wir haben die Pflicht, erklärte Kunschak, Oesterreich der deutschen Volksgemeinschaft zu erhalten, und müssen die Hilfsquellen reflexlos ausnützen, die uns durch die Kreditaktion erschlossen werden sollen; dann können wir Oesterreich territorial, national und volkswirtschaftlich unverfehrt erhalten, damit, wenn es einmal wirklich zur Aufrichtung eines größeren Deutschlands kommt, dieses Oesterreich bereitsteht, als ein mächtiger Faktor dem deutschen Aufstiege zu dienen.

Welche Folgerungen sind nun für die weitere Entwicklung Rußlands aus dem neuen Kurs der bolschewistischen Wirtschaftspolitik zu ziehen? Auf diese Frage wird uns am besten Rpkow selbst Antwort geben können:

„Das alles bedeutet“, sagte er, „die Wiederherstellung des Eigentums, im bürgerlichen Sinne dieses Wortes, und führt unerläßlich zur legalen Entwicklung der Bourgeoisie auf wirtschaftlicher Grundlage. Jetzt wird die Periode der Konkurrenzen beginnen, und wo das freie Privateigentum sich breit machen wird, muß man sich klar bewußt sein, daß dies die Fortsetzung des Klassenkampfes bedeutet, den wir vor der Oktoberrevolution geführt haben.“

Kann noch deutlicher und klarer der Bankrott der vierjährigen Wirtschaftspolitik der Sowjetregierung zugegeben werden? Vier Jahre lang wurde das große Rußland der Schaulust eines fürchterlichen und grausamen Bürgerkrieges. Städte und Dörfer wurden zerstört, Millionen von Menschen wurden unbeschreiblichen Leiden preisgegeben. Alle diese Qualen wurden in dem wahnwichtigen Glauben hervorgerufen, die sozialistische Gesellschaftsordnung in einem wirtschaftlich rückständigen Lande einführen zu können. Und jetzt erfahren wir aus berufenem Munde, daß der „Klassenkampf“, der vor der Oktoberrevolution geführt wurde, von neuem fortgesetzt wird.

Der Leidensweg des russischen Volkes unter der Gewalttätigkeit der Bolschewisten ist ein warnendes Beispiel für Westeuropa. Es lehrt, daß die Gewalt allein nicht fähig ist, die wirtschaftlichen Probleme im Sinne des Sozialismus zu lösen.

M. S. B.

# Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat

## Annahme des Gesetzes im Reichswirtschaftsrat

(Drahtbericht unserer Berliner Schriftleitung)  
Berlin, 9. Juni.

Der Reichswirtschaftsrat beschäftigte sich heute in fortgesetzter Beratung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die **Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat**.

Ausschüsse (Arbeitnehmervertreter der Industrie); Besonderen Wert legen wir auf die Aufnahme des Absatzes 2 in § 1 des Gesetzesentwurfs, der folgenden Wortlaut haben soll:

Ohne Rücksicht auf die Bezeichnung gilt im übrigen als Aufsichtsrat im Sinne dieses Gesetzes jedes bei einem solchen Unternehmen aus mehreren Personen gebildete Organ, welches nach Gesetzen oder Satzungen die Aufgabe hat, das zur Geschäftsführung bestellte Organ hierbei zu überwachen.

Diese Mindestbestimmung ist für uns unentbehrlich angesichts des Bestehens der Großunternehmen, den Schwerpunkt vom Aufsichtsrat in die Verwaltung zu verlegen.

**Geheimrat Dr. Schwarz** (Arbeitgebervertreter der Banken): Wenn eine G. m. b. H. beispielsweise von der Bestellung eines Aufsichtsrates Abstand nimmt, so kann darin noch kein Verstoß gegen das Recht erblickt werden. Wir müssen unter allen Umständen vermeiden, besondere neu zu bildende Organe unter dem Begriff des Aufsichtsrates zu bringen. Was als Aufsichtsrat im Sinne des Gesetzes zu gelten hat, ist durch das Handelsgesetzbuch und eine Reihe handelsrechtlicher Spezialgesetze festgelegt. Wir beantragen daher die Streichung des Abs. 2, der im Widerspruch zu dieser gesetzlichen Regelung steht.

**Dr. Thissen** (Arbeitnehmervertreter des Handels): Es ist nicht bestritten worden, daß eine Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf einen Aufsichtsrat verzichten kann. Wir wollen aber unbedingt gegen alle sabotierenden Maßnahmen, die sich bei der Ausführung des Gesetzes einstellen können, geschützt sein. Wie groß diese Gefahr der Sabotage ist, darüber gibt das Material Auskunft, das in reichlicher Menge zur Verfügung steht.

**Ausführer:** In Absatz 2 handelt es sich nicht um besondere Organe, die neben dem Aufsichtsrat bestehen sollen, sondern nur um Sicherungseinrichtungen gegen die Umgehung des Gesetzes.

Damit schließt die Aussprache.

Es folgt die Abstimmung. Der Antrag von **Braun** auf Streichung des Absatzes 2 wird mit 90 zu 101 Stimmen abgelehnt.

Eine Debatte entspannt sich bei den folgenden Paragraphen, die die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat im Einklang mit § 70 des Betriebsrätegesetzes regeln wollen. § 70 des Betriebsrätegesetzes bestimmt die Zuständigkeit sowie die Rechte der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. Ein Antrag von **Braun** mündlich für das Ausführungsgesetz eine Fassung, die diesem § 70 des Betriebsrätegesetzes entspricht.

**Ausführer:** Der Reichswirtschaftsrat darf sich nicht nach dem Antrag von Braun darauf beschränken, abzuschreiben, sondern muß eigene Vorschläge machen.

**Prof. Franke** (von der Reichsregierung ernannt): Seit mehr als zwei Jahrzehnten treibe ich in Wort und Schrift für die Gleichberechtigung der Arbeitgeber und Angestellten ein. Ich möchte einen dringenden Appell an die Arbeitgeber richten, von ihrer kurzfristigen Politik der Einschränkung für Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat Abstand zu nehmen. Werden die Rechte der Betriebsratsmitglieder durch Annahme des Antrages von Braun eingeengt, so sind unauflösbare Reibungen die notwendige Folge. Wir brauchen unbedingt gerade in diesem Augenblick eine Politik des Vertrauens. Wenn in die Aufsichtsräte großer Unternehmen Fürsten, Prinzen, Admirale und ähnliche hochgestellte Persönlichkeiten gewählt werden, so beweist das doch, daß bei der Auswahl der Aufsichtsratsmitglieder die wirtschaftlichen Verhältnisse nicht entscheidend sind. (Vehemente Zustimmung der Arbeitervertreter.) Die ganze Geschichte der Sozialpolitik spricht doch dafür, daß die Entwicklung in der Richtung völliger Gleichberechtigung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer verlaufen wird. Ich bitte Sie daher dringend, Ihren Widerstand aufzugeben. (Vehementer Beifall.)

Nach kurzer Unterbrechung zieht die Abteilung I (Arbeitgeber) ihre Anträge zurück, worauf der Präsident **Cohen** namens der Arbeitnehmer das gleiche tut und die Annahme des § 3 in der Regierungsfassung feststellt.

In den folgenden Paragraphen werden die von den Arbeitgebern eingebrachten Anträge abgelehnt und gemäß den Beschlüssen des Ausschusses die Vorlage angenommen.

In § 8, der die Erziehung, den Ausschüssen zum Betriebsrat regelt, liegt ein Antrag der Arbeitnehmer vor, als § 8a zu fassen: Unternehmen, deren Betriebe an verschiedenen Orten liegen, sind verpflichtet, die Unkosten zu tragen, die den Betriebsräten aus den für die Wahl und die Berichterstattung erforderlichen notwendigen Zusammenkünften erwachsen.

**Reichstagsabg. von Siemens** (Arbeitgeber): Dieser Antrag widerspricht dem Gedanken des Betriebsrätegesetzes, das nur einen Betriebsrat für örtlich zusammenhängende Werke und Betriebe kennt. Die Berichterstattung über Verhandlungen der Aufsichtsratsmitglieder

ist gesetzlich geregelt. Würde eine weitere Berichterstattung zugelassen werden, die die Betriebsratsmitglieder befragen, so würden die Aufsichtsräte wohl dafür sorgen, daß die Verhandlungen möglichst inhaltslos sich gehalten.

**Geheimrat Rat Weich** erklärt, daß der Antrag nach den Bestimmungen des Betriebsrätegesetzes überhaupt überflüssig sei.

**Urban** (Arbeitnehmer) zieht infolgedessen seinen Antrag zurück. Der Rest des Gesetzes in der Fassung der Ausschüsse und das Gesetz im ganzen werden mit großer Mehrheit angenommen.

Ein Vertreter der Handwerksmitglieder erklärt, daß die Handwerksvertreter infolge ihrer Tätigkeit in Bayreuth hier nicht möglich anwesend sein können. Somit wären manche Beschlüsse vielleicht anders ausgefallen.

**Ueber den Gesetzesentwurf zur**

## Abänderung des Gesetzes über das Branntweinmonopol

berichtet namens eines Sonderausschusses Kommerzienrat **Untsch** (Arbeitgebervertreter der Industrie): Die Vorlage hat im Ausschuss nicht gerade eine glänzende Aufnahme gefunden. Aus Mangel an Zeit hat der Ausschuss sich nur mit den Hauptfragen beschäftigen können. Die Ergebnisse aus der Monopolverwaltung müssen allerdings festgestellt werden, aber die Grenzen der Besteuerung sind in der Vorlage allzu schwankend bemessen. Die Rechte der Monopolverwaltung werden in der Vorlage viel zu weit erstreckt. Für die Beschaffung der nötigen Spiritusmengen braucht man nicht besorgt zu sein. Die Sorge paßt vielmehr in die Richtung des Absatzes. Deshalb ist es nicht angebracht, die Rechte der Monopolverwaltung so weit zu erweitern, wie die Reglementierung des Absatzes. Die Macht der Monopolverwaltung über die spiritusverarbeitenden Industrien ist vom Ausschuss beschränkt worden. Eine Zurückdrängung der landwirtschaftlichen Brennereien aus fiskalischen Gründen würde die landwirtschaftliche Produktion im ganzen schädigen. Dieser Überzeugung hat der Ausschuss Ausdruck gegeben. Wir sind also mit der Erhöhung des Stenertrages wegen des Finanzbedarfs des Reiches einverstanden, bedauern aber, daß die Regierung glaubt, schon jetzt die vollkommene Neugestaltung des Gesetzes auch in wirtschaftlicher Beziehung vorschlagen zu müssen.

**Direktor Kraemer** macht darauf aufmerksam, daß kein Regierungsvertreter anwesend sei, der die Fragen des Berichterstatters beantworten könne. Das kennzeichnet die Art der Behandlung des Reichswirtschaftsrates, daß das Reichsfinanzministerium erklärt habe, daß es keinen Vertreter entsenden könne.

Das Haus beschließt deshalb, die Verhandlungen über diesen Gegenstand abzubrechen.

Es folgt der mündliche Bericht des Ausschusses für Siedelungs- und Wohnungswesen.

Dazu liegen zwei Ausschussentwürfe vor, von denen der erste fordert: Die als Entscheidung für Siedelung ausgegebenen Rentenbriefe sollen auch für den Zinsempfangenden von der Kapitalertragsteuer befreit sein, wenn und solange der Zinsempfangende ein gemeinsames Siedelungsunternehmen oder Ausgeber der Rentenbriefe ist, die als Unterlage des Rentenbriefauskommens dienen.

Ein Änderungsantrag **Dr. Selian-Wilcher** fordert, daß die durch die Wohnungsabgabe aufzubringen Mittel in der Regel dort zu verwenden sind, wo sie aufgebracht sind.

**Dr. Häfel** (Vertreter der Verbraucherschaft) als Berichterstatter: Die Entwürfe der Wohnungsabgabe sollen reichlich für das landliche Siedelungswesen nutzbar gemacht werden. Die landlichen Siedelungsbauförderung sollen steuerlich bevorzugt, die verfügbaren Truppenübungsplätze zu Siedelungszwecken bereitgestellt werden; dagegen soll verhindert werden, daß in den einzelnen Ländern gut bewirtschaftete Güter ganz oder teilweise enteignet werden. Auf die Länder ist dahin einzuzwirken, daß die Kulturarbeiten in den Mooren gerade mit allen Mitteln aufgenommen und gefördert werden. Um die Durchführung des Siedelungswesens zu erleichtern, sollen alle diesem Zwecke dienenden Geschäfte von öffentlichen Abgaben, Steuern usw. befreit sein. Da die Kleinrentenempfänger nicht infolge sind, die erhöhten Ausgaben für Gemeindevorrichtungen zu tragen, so ist ihre finanzielle Unterstützung dringend zu fordern.

**Oberbürgermeister Dr. Bessan** (Vertreter der Verbraucherschaft) befragt den Antrag, ebenso den Änderungsantrag.

**Staatssekretär a. D. Dr. August Müller** (von der Reichsregierung ernannt) liest gegen den Änderungsantrag.

**Dr. Häfel** (Vertreter der Verbraucherschaft) spricht sich gegen den zweiten Ausschussentwurf aus. Damit schließt die Aussprache. Die Abstimmung ergibt, daß der Änderungsantrag **Dr. Selian-Wilcher** mit großer Majorität abgelehnt wird, ebenso der Ausschussentwurf über die Befreiung der Rentenbriefe von der Kapitalertragsteuer.

Es folgt der Bericht des Verkehrsausschusses betreffend Abänderung des Reichspostgesetzes.

**Verkehrsausschuss** (Straßenbahngewerkschaften) unterbreitet den Antrag. Darauf wird dieser Antrag einstimmig angenommen.

Es folgt der Bericht des Ausschusses zur Heranbildung unserer wirtschaftlichen Kräfte, in dem beantragt wird, zum Zwecke der wirtschaftlichen Fortbildung den werkschaftlichen Kräften ausreichende Mittel zur Verfügung zu stellen.

Ohne Aussprache wird der Antrag einstimmig angenommen. Damit ist die Tagesordnung erledigt. Nächste Sitzung Freitag, 11. Juni vormittags: Branntweinmonopol, Aufstellung einer Preisordnung, Tabaksteuer, Ausbau von Kanälen und Talsperren, Bekämpfung der Sparbanken durch Kreditsanktionen, internationale Vereinbarung zur Feststellung der im Ausland befindlichen Vermögenswerte, Ausbau der Handelsstatistik.

Schluß nach 2 Uhr.

## Kriegsbefuldigten-Prozess Rambohr

In der am Donnerstag nachmittags fortgesetzten Verhandlung wüßte der Oberreichsanwalt **Dr. Feilkenberger** von dem Angeklagten zunächst Auskunft darüber, warum ihm gerade die beiden Jungen **Wapenbergs** so verdächtig erschienen sind. Der Angeklagte erwidert, die Jungen hätten auf seine Frage selbst geantwortet, sich an den Signalbrücken zu schaffen gemacht zu haben.

Die weitere Aussprache dreht sich vor allem darum, ob der Angeklagte nach der Einreichung der Akten an das Feldgericht noch versucht hat, auf die Verhafteten hinsichtlich ihrer Aussagen einzuwirken.

**Zeuge Kaufmann Landow** aus Forst gibt über die Unterbringung der Häftlinge im Gefängnis zu Oberhausen Auskunft. Ein Aufnahmeregister war nicht gebüchert. Die von der Feldpolizei eingelieferten Häftlinge wurden von anderen getrennt untergebracht. Die Bekleidung war für alle Gefangenen gleich, das Essen sei nicht schlecht gewesen. Es bestand aus Kaffee und Brot am Morgen, Gemüse mit Fleisch am Mittag und abends Suppe. Jeder Häftling hatte eine Pfütze und zwei Betten. Es könne vorgekommen sein, daß als Disziplinarstrafe Beschränkung oder Entziehung der Kost angeordnet worden sei, allerdings nur bei Häftlingen der Feldpolizei. Genau könne er das heute nicht mehr sagen. Der Zeuge gibt eine ziemlich genaue Beschreibung der Einrichtung des Gefängnisses. Ihm, als Verwalter des Gefängnisses, seien niemals Beschwerden von Häftlingen zugegangen; er hat auch nicht gesehen oder gehört, daß sie geschlagen worden sind. Einen großen Haken, an dem man hätte einen gefesselten Menschen tagelang aufhängen können, habe er nie in einer Zelle bemerkt; ein solcher Haken wäre ihm bei Besichtigung der Zellen keinesfalls entgangen. Wenn Gefangene vernommen werden sollten, wurden sie aus den Zellen in ein besonderes Zimmer gebracht. Spuren von Mißhandlungen an jugendlichen Gefangenen hat er niemals wahrgenommen. Wenn Mißhandlungen vorgekommen wären, hätten die Mißhandelten sich sicher bei ihm beschwert.

**Oberregierungsrat Gahner** aus Berlin, Ministerialrat im Arbeitsministerium, war als Kriegsgesichtswart im Felde tätig. Er spricht sich zunächst über die Aufgaben der geheimen Feldpolizei aus. Die Zuständigkeitsabgrenzung zwischen dieser und der Kommandantur sei nach seiner Meinung etwas unklar gewesen. Bei Spionagefällen wurden die Befuldigten nach Ost übergeführt. Der Fall von den obständlichen Befuldigten der Signalstellungen in der Nähe des Bahnhofs **Geiersträßchen** ist ihm am 7. November 1917 gemeldet worden, und er hat das Stellenamt am 9. November eingehend befragt. Es habe nahe gelegen, daß es sich um eine Entzweiung eines Truppentransportzuges handelte. Warum sei die Feldpolizei mit der Ermittlung der Täter beauftragt worden. Man habe auch mündliche Zeugnisaussagen angeordnet.

Dah auch strafmündige Personen sich längere Zeit in Haft befunden haben, sei ihm zunächst nicht bekannt gewesen. Allerdings habe er bei einem Besuch in Oberhausen einmal gehört, daß Kinder von der Feldpolizei mißhandelt worden wären, von wem, weiß er heute nicht mehr.

Von besonderem Interesse waren die Erfahrungen dieses Zeugen über die Psychologie von Kinderabzweifeln. Er hat darin Erfahrungen in Deutschland und Belgien gesammelt und meint, daß man den Aussagen belgischer Kinder im allgemeinen etwas skeptischer gegenübersehen müsse. Was die Aussagen von Erwachsenen betrifft, so haben ihm selbst belgische Richter mitgeteilt, daß in Belgien die Zeugen große Angst haben, gegen einen Befuldigten Zeugnisse auszusagen, weil sie dessen Rache fürchten. An sich sei schon der Bildungsgrad der belgischen Bevölkerung nicht allzu hoch und die Zeugen geneigt, mit einer Art Bauernschamkeit mit ihren Aussagen zurückhaltend, aber sie gehen darüber hinaus und sagen dann die Unwahrscheinlichkeit. Ihm, dem Zeugen, sei vorgekommen, daß Zeugen hoch und heilig beteuert hätten, die Wahrheit gesagt zu haben, und eine halbe Stunde später hätten sie das direkte Gegenteil ausgesagt. Auf Befragen hätten sie dann mitgeteilt, daß sie zunächst die Unwahrscheinlichkeit gesagt haben, weil sie die Rache des Befuldigten fürchteten. Bei den Kindern komme die Beeinflussung durch die Erwachsenen hinzu.

Der Bundesstag der deutschen Mietervereine wird vom 3. bis 5. September in Dresden abgehalten werden.

## Vom Theater in Lauchstädt

### Eine Goethe-Erinnerung.

In diesen Tagen sind 130 Jahre verstrichen, seit Goethe und seine Schauspieler zum ersten Male nach Lauchstädt kamen, um dort die so berühmt gewordenen Sommerfestspiele des Weimarer Hoftheaters zu beginnen. Es war am 10. Juni 1791, als Goethe in dem kleinen Siedelort bei Halle eintraf, um zu seiner peinlichen Ueberwachung als Theaterlokal eine notdürftig hergerichtete - Scheune vorzuführen. Man war in jenen Tagen noch überaus bescheiden; das zeigt schon die Wahl dieses „Theaterlokal“, obwohl damals in Lauchstädt - besonders der sächsische Adel und die Leipziger Patrizierfamilien gern die Sommermonate verbrachten. Schon Goethes Vorgänger in der Leitung des Weimarer Theaters, **Beluono**, hatte mit der Herzogin Regierung einen Vertrag geschlossen, nach dem die Weimarer Gesellschaft im Sommer Aufführungen in Lauchstädt veranstalten sollte. Durch die für ein künstlerisches Wirken so wenig geeigneten Räumlichkeiten ließ sich Goethe aber nicht entmutigen; man beschloß, sobald wie möglich ein richtiges Theater zu erbauen; die Beschaffung der nötigen Gelder fiel aber so schwer, daß das eigenliche Lauchstädter Theater erst im Jahre 1802 eingeweiht werden konnte.

Von der ersten Spielzeit im neuen Hause hat uns der Weimarer Schauspieler **Demant** eine hübsche Beschreibung hinterlassen, aus der man recht deutlich sehen kann, in welcher bescheidenen Mäßen sich die künstlerischen Ereignisse unserer köstlichen Zeit abgespielt haben. Es heißt darin:

Am 20. Juni ging die Gesellschaft nach Lauchstädt, wo das neu-erbaute Theater am 26. Juni mit dem Vorspiel „Was wir bringen“ und der Oper „Titus“ eröffnet wurde. Den 23. folgte uns Goethe nach, um die Proben selbst zu leiten. Von Leipzig, Halle, aus der ganzen Umgebung kam man herbei, um dieser Vorstellung bei-zuwohnen. Leider konnte das Haus die große Zahl der Zuschauer nicht fassen, und die Türen nach den Korridoren, ja selbst die äußeren Türen mußten geöffnet werden, so stark war der Andrang; die armen Leute, die ihren Platz gewonnen, konnten freilich nichts sehen, aber alles hören, denn die Wände des Theaters waren so dünn, daß man jedes Wort, das auf der Bühne gesprochen wurde, auch außer dem Hause verstehen konnte. Damit kein Unzufriedener sich zu jenen Außenstehenden gesellen konnte, hatte man zwanzig kleine sächsische Dragoner von dem nahegelegenen Schloß von der Besatzung erboten, die mit gezogenem Säbel das Theater umstellten. Der ganze Zuschauertraum bestand eigentlich nur in einem großen Saal, der in drei Abschnitte geteilt war; den ersten, größten, der an das Orchester stieß, nannte man Parkett, den zweiten Parterre und den dritten „letzen Platz“. Ueber diesem letzten Platz erhob sich ein halbrunder Balkon, auf dem ungefähr sechzig Personen sitzen konnten. Die Preise waren: 10, 12, 8 und 4 gute Groschen.

Die höchste Einnahme, die dabei erzielt werden konnte, war gegen 300 Taler; an diesem Abend hatte sich dieselbe aber auf 350 Taler gesteigert. Goethe hatte seinen Platz auf dem Balkon genommen. Nach dem Vorspiel brachte das Publikum Goethe ein dreimaliges Hoch, indem es sich erhob und seine Blicke nach ihm richtete. Er trat vor und sprach: „Nähe das, was wir bringen, einem künftigen Publikum stets genügen.“ Nach diesen Worten zog er sich zurück und kam auf die Bühne, um dem Personal seine Zufriedenheit mitzutellen.

Goethe sah sich einige Zeit ganz bezaubelt in dem Theater; seine Freunde von Leipzig und Halle besuchten ihn und er erwiderte ihre Aufmerksamkeit. Wir blieben bis Ende August und gingen dann auch vier Wochen zum Vogelschießen nach Rudolstadt, wo eine große Masse von Fremden sich alljährlich zu diesem Hauptvergnügen des Thüringer Volkes versammelte. Der Herzog **Karl August**, der Herzog von Gotha, der Fürst von Sondershausen und die von **Reuß**, **Schleiz**, **Greiz** und **Lobenstein** waren zu diesem Feste gewöhnlich die Gäste des Fürsten von Rudolstadt und amüsierten sich, stets unter das Volk sich mischend, wochenlang. Auch Goethe kam zum Spielen. Drollig war es anzusehen, wenn die sächsischen Herren, Goethe mit unter ihnen, sich um eine Weimarer Scheune stellten und dann, ein jeder mit einer Wurst bewaffnet, unter dem Publikum einherwanderten; oder wenn sie mit dem höchsten Landmädchen in einer Lottobude saßen und die Mädchen mit Wein oder Punsch regaliserten; der Schluß war dann gewöhnlich, daß jeder seine hübsche Dirne an den Arm nahm, die Musik herbeibrachte und eine Polonaise eröffnet wurde, die den ganzen Saal durchzogen und an der das ganze Volk jubelnd teilnahm. Das alle Säle durchzogen und an der das ganze Volk jubelnd teilnahm. Das alle Säle durchzogen und an der das ganze Volk jubelnd teilnahm. Das alle Säle durchzogen und an der das ganze Volk jubelnd teilnahm.

Die Retorte. Ich kann nicht anders, als der Retorte beistimmen, daß ihr Juni-Programm gepflegt und anspruchsvoll ist. Nach Ablauf der Hitzewelle und des stürmischen Andrangs ist der Aufenthalt in der Retorte ein ungezügelter Genuß. **Max Schwimmer** hat die kleine Bühne japanisiert; in schwebenden, fliegenden Leitern sind die Größen der Retorte verthelt veremigt. - **Wie Theo Strauß** sich heute zeigt, wird selbst die empfindlichste Nase zu rumpfen sich kaum bewegen lassen. Wenn es sei als Vorzug bemerkt, daß **Strand** der Abendunterhaltung, dem Pöbeln der Punkte, dem Raucieren der Raucen, dem zinkernen Miensenspiel konsequent am dem Wege geht. **Franz Hermann** begleitet sich selbst zu einer Höhe, deren Ton er sehr fein wiedert. **Erich Winer** 1 breitet kostbares Sprachgeschmeide aus. Was das erste Stück betrifft: die Worte funkeln, aber man ist von ihrer Schönheit nicht überzeugt. Ich möchte von dem Vortrag von **Essays** in der Retorte abraten. Wogegen

sind die sächsischen Miniaturen echte Zeugen eines hohen Sprachsinns. **Charlotte Schürichs** und **Karl Aehlers** liebenswürdiges Reim- und Plauderleben bereiten dem Publikum viel Vergnügen. **Elsa Carstens** blieb an jenem Abend leider fern. Die Höhepunkte des Programms waren demnach: **Waldemar Sachs**, **Eugenie Wilms-Szendrei** und **Hans Dell**. Sacks ist der geborene Improvisator, nicht nur auf dem Klavier, sondern auch auf der Klaviatur der Sprache. Improvisation - das ist hier nicht ausgeleierter Routine, sondern Augenblickserschöpfung. Sein Gehirn und seine Fingern arbeiten zu fehen, das ist ein Genuß, der durch die Wiederholung nie verliert. Ein Fein, ein Adonim ist im Flügel und höchst flüchtig zu seinen eigenen Vortheilen. Wie er in einer tollkühnen Schielie einen Gastenbauer in ein Wagner-Motiv überführt, wie er die Technik, die er selbst so glänzend beherrscht, in sprachlicher und musikalischer Paraphrase ab absurdum führt, das ist ein einzigartiges Schauspiel. **Eugenie Wilms-Szendrei** vertritt mit reifer Vortragskraft **Chantons** von **Wela Dalitz** und anderen; stimmlich wie darstellerisch bringt sie diese kleinen, fein gearbeiteten Mächtigkeiten köstlich heraus. **Hans Dell** kommt als gekennzeichneter Genkemann von irgend-wann und irgendwoher; als ein ganz Eigenes, ganz im Bann der vor-gebrachten Dichtungen (**Wogensen**, **Meiring**) versteht er es, das Publikum zu packen, wobei er weniger von rhetorischen Künsten als von der Schärfe der eindringlichen Charakteristik unterstützt wird. Wenn die Retorte nach der Sommerpause so weiter arbeitet, dann - nein, denn wir uns die Superlativa lieber für die kommende Saison auf.

Unterstützung des Reichs-Wirtschaftsmuseums. Der Anhaltische Landtag hat in Würdigung der Bedeutung des Reichs-Wirtschaftsmuseums in Leipzig für die deutsche Volkswirtschaft erstmalig einen Zuschuß zur Förderung der Beiträgen des Instituts in den Etat des Freistaates Anhalt für das Jahr 1921/22 eingeleitet. Es ist erfreulich, daß auch andere Freistaaten dieses Institut unterstützen, und es ist zu hoffen, daß weitere Staaten ihren Beitritt erklären werden.

Das deutsche Leberforschungsinstitut wird nach einer Berliner Meldung in Dresden untergebracht werden. Ausschlaggebend für die Wahl Dresdens war, daß in Dresden sich bereits das Leberforschungsinstitut befindet, und daß zwischen beiden Instituten sich die Aufrechterhaltung notwendiger Beziehungen durch Unterbringung an einem Orte erleichtert. Außerdem ist das Vorhandensein der Technischen Hochschule in Dresden bei der Wahl von Bedeutung gewesen. Der Sächsische Staat hat eine Million Mark für Unterbringung bewilligt. Voraussichtlich werden Göttingen und Jena ebenfalls die Unterbringungen gewähren. Die Stadt hat ein Gebäude an der Melanderstraße zur Verfügung gestellt.

st. Eine Fabeln vorgegeschichtlicher Werkzeuge. In dem Londoner Royal Anthropological Institute machte **R. Warren** kürzlich Mitteilungen über die Entdeckung einer großen Werkstätte von Stein-





Amtliche Bekanntmachungen

Unser Bekanntmachung vom 8. November 1911, die...
Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig hat...

Bekanntmachung.

Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt in Leipzig hat...
nom. M. 1 175 000.— neue Prioritäts-Stammaktien...

Bekanntmachung.

Die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt und die Firmen...
nom. M. 12 000 000.— 4 1/2 % Teil-

Sparkasse Wahren

Sparkasse Engelsdorf-Sommerfeld-Mölkau...
Sparkasse Markgrafentzsch...

Gemeindeparkasse Dörsch-Markkleeberg

Gemeindeparkasse Dörsch-Markkleeberg...
Geschäftszeit 8—1 Uhr.

Familien-Nachrichten

Die glückliche Geburt eines gesunden Mädchens...
Hans Becker und Frau Johanna geborene Geißler.

Willy Weber Charloff Weber...
geb. Triller geben hiermit ihre Verlobung bekannt.

Nach langer, schwerer, mit großer...
Hans Ehrhardt im blühenden Alter von 13 Jahren.

Schnell und unerwartet verfiel am...
Herr Albin Helbing, Schneidermeister.

Am 7. d. M., nachmittags 7 Uhr, verchied...
Frau Anna Günther.

Am 9. Juni, früh 1/8 Uhr, verchied nach...
Paula verw. Oswald im bald vollendeten 73. Jahre.

Von der Reife jurk...
Jahrgang Mühlhaus, Bäckerstraße 61.

Moderne Buchdruckerei...
Kataloge, Preislisten, Prospekte...

Familiennachrichten

auswärtigen Blättern...
Verstorbene: Frau Marie Fischer geb. Oberprausche.

Verstorbene: Frau Marie Fischer geb. Oberprausche...
Frau Anna Günther.

Verstorbene: Frau Marie Fischer geb. Oberprausche...
Frau Anna Günther.

Verstorbene: Frau Marie Fischer geb. Oberprausche...
Frau Anna Günther.

Gebrauchtes Phonola (Piano)

zu kaufen gesucht. Offerten unter Z 2648 an die...
Bühnen-Ansichten durch Mehr-u. Kraft...

Telephon-Anschluß...
1000 Mark

Bekanntmachung...
Die hochverehrten Mitglieder der...

Eine halbe Sache...
Ist die Durchführung einer Haarur ohne Humagolan...

Stellenangebote

Beretreter für Leipzig...
Parasindärme...
Bezirksvertreter.

Rohstoffgroßhandlung

Rohstoffgroßhandlung...
tätigen Reisenden.

Stenotypistin...
I. Kraft, per sofort gesucht.

Villa

Villa...
neues, massives Gebäude...

Konzert- u. Balletabstimmung

Konzert- u. Balletabstimmung...
Goldgrube in Thüringer Stadt.

Für Rentner! Kleines Hausgrundstück...
Leipzig-Li.

Arbeitsfreudiges, nicht zu junges Mädchen

Arbeitsfreudiges, nicht zu junges Mädchen...
zum baldigen Antritt gesucht.

Verkäufe

Verkäufe...
Modern eingerichtete Gasthof in Nähe Weimar.

Speisezimmer

Speisezimmer...
Herrenzimmer

Telephon-Zelle

Telephon-Zelle...
zu kaufen gesucht.

Freie Stadt Danzig

Freie Stadt Danzig...
einen Substituten für die Abteilungen Schürzen, Wäsche, Taschentücher und Korsetts.

Industrie-Grundstück

Industrie-Grundstück...
ca. 200 000 qm

Grünert-Pianos

Grünert-Pianos...
aus eigener Zweigfabrik...

Suche als Selbstkäufer

Suche als Selbstkäufer...
für einen in Dörsch-Bezirk ein Haus oder Gut usw.

Vertical text on the far left edge of the page, partially cut off.

Vertical text on the far right edge of the page, partially cut off.

# Handels-Zeitung des Leipziger Tageblattes

Leipzig, 10. Juni.

## Die Deutsche Bank in 1920

In rascher Aufeinanderfolge drängen sich die D-Bankensabrechnungen. Am letzten Sonntag konnten wir das Rechnungswerk der Darmstädter Bank veröffentlicht, wenige Tage später schloß sich ihr der Kolossalabschluß der Dresdener Bank an, gestern wurde die Bilanzsituation der Deutschen Bank abgelesen und in ihr hat der Aufsichtsrat der Deutschen Bank die Jahresrechnung der Bank genehmigt. In dem üblichen Communiqué teilt die Verwaltung mit, daß die Bilanzzahlen der ausländischen Filialen der Bank, wie in den vorangegangenen Jahren auch den letzten vorhandenen Anweisen in dem Abschluß — am Rande versteht sich von selbst: unter vorsichtiger Bewertung der Aktiven — eingestellt seien. Die Gesamtumsätze betrugen 1281 (i. V. 428) Milliarden Mark; die Gesamterlöse der Bilanz schließt mit 22,9 (i. V. 15,8) Milliarden Mark, das ist nahezu ein Mehrbetrag von 50 Proz. der vorjährigen Gesamtsumme.

Ohne Berücksichtigung der Ausgaben hat die Bank im abgelaufenen Rechnungsjahre einen

Reingewinn von 712 990 761 (i. V. 213 534 169) Mark

erzielt, und zwar erbrachten im einzelnen, verglichen mit den beiden letzten Jahren, dem ersten Kriegs- und dem letzten vollen Friedensjahre (alles in 1000 M.):

	1920	1919	1918	1914	1913
Wechsel und Zinsen	443 753	141 391	88 412	43 412	35 424
Gebühren	196 187	57 891	37 680	23 987	21 081
Sorten und Coupons	6 293	1 408	712	452	478
Wertpapiere	71 022	5 281	—	—	4 708
Etr. d. „Dauernden Beteilig.“	3 169	3 087	6 374	6 698	—

Dagegen erforderten:

	1920	1919	1918	1914	1913
Aus Anlaß der Fusion und Kapit.-Erhöhung entstandene Kosten	22 600	—	—	—	—
Gehälter, Weisungsgebühren an die Beamten, feste Bezüge d. Vorstandsmitglieder, Bezüge der Filialdirektoren und allgem. Unkosten	412 530	108 371	16 130	1 954	—
Kriegsursorge für d. Beamten Gewinnbeteilig. an den Vorstand usw. in Berlin	2 642	2 298	848	3 906	—
Wohlfahrtseinrichtungen für die Beamten	15 008	6 425	1 784	297	258
Beamtenfürsorgeverein	12 718	4 657	1 333	901	578
Abschreibung auf Einrichtung	9 037	8 842	2 815	1 196	3 790
Abschreibung a. Bankgebäude	67 357	25 080	14 208	4 416	3 978

Nach Verrechnung der Ausgabe verblieb zusätzlich des Vortrages von 11 326 681 (1 967 608) Mark ein

Reingewinn von 155 068 622 (i. V. 64 464 822) Mark,

aus dem an die freie Rücklage 71 914 347 (5 000 000) M. überwiesen, eine Restüberweisung an den Jubiläumsfonds von wiederum 5 Mill. Mark vorgenommen, der Dr. Georg v. Siemens-Fonds für die Beamten zur Auffüllung auf 20 Mill. Mark mit 11 041 958 (i. V. 0) M. dotiert, eine Sonderabschreibung auf Bankgebäude zur Herabminderung des Buchwertes auf den Stand vom 31. Dez. 1919 von 40 Mill. Mark in Höhe von 7 640 000 (i. V. 0) M. vorgenommen, eine

Dividende von 18 (i. V. 12) Proz.

auf 400 Mill. Mark (davon 14 000 000 Dreiviertel dividendenberechtigt) verteilt, als Gewinnanteil des Aufsichtsrats 4 176 417 (i. V. 1 188 441) M. ausgeschüttet und auf neue Rechnung 13 965 870 (i. V. 11 326 381) M. vorgetragen werden sollen.

Dieser der Abschluß. Es steht zwar noch eine D-Bank, die Diskontokommandit-Gesellschaft, mit der Veröffentlichung ihres Zifferwerkes für 1920 aus; trotzdem aber glauben wir doch mit Recht behaupten zu dürfen, daß mit dem Abschluß der Deutschen Bank der Gipfel des Finanzjahres erreicht ist. Zahlen, wie sie uns in dem diesjährigen Abschluß der Deutschen Bank begegnen, hat man, abgesehen von der Reichsbank, in Deutschland überhaupt auf dem Kontinent noch nicht gesehen. Der Abschluß hat etwas ganz Gewaltiges an sich; auch wenn man berücksichtigt, daß es leider nicht Goldmark sind.

Aus der Riesensumme, der eigenen und fremden Mittel, hat die Deutsche Bank einen Bruttogewinn herausgewirtschaftet, der mit 713 (i. V. 213) Mill. Mark etwa das Dreieinhalbfache des vorjährigen Betrages ist und im Verhältnis darstellt, dem wir in den Abschlußzahlen über begegnen werden. Den größten Teil des Gewinnes erbrachten Zinsen und Wechsel mit 443,78 (i. V. 141,39) Mill. Mk. Es folgen die Provisionen mit 196,19 (i. V. 57,89) Mill. Mark. Dazu kommen sonstige Gewinne mit 71,02 (i. V. 14,74) Mill. Mark, unter denen die Erträge aus Dauernden Beteiligungen, Sorten und Coupons, aber auch aus Effekten- und Konsortialgeschäften sich befinden, die im Gegensatz zu anderen Banken wenigstens teilweise verrechnet worden sind. Bedauerlicherweise geht das Institut diesmal von der alten Gepflogenheit ab, nach der sie bisher die einzelnen Posten gesondert aufgeführt hat.

Ebenso wichtig, wie die Einnahmen, sind freilich die Ausgaben gewesen. So erforderten Handlungskosten 412,53 (111,01) Mill. Mark. Unter ihnen sind auch die Tantiemen für die Direktion in ihrer großen Ausdehnung und die Gratifikationen verrechnet. Der Vorstand der Bank hat aber auch einen erheblichen Betrag eingestellt

zur Auszahlung an solche Angestellte, die sich durch Fleiß und Tüchtigkeit besonders ausgezeichnet haben. Die Handlungskosten stellen diesmal nicht weniger als 57,6 Proz. der Dividendensumme dar, gegen vorjährige 32,5 Proz. Von dem Bruttogewinn sind ferner abgesetzt 22,6 Mill. Mark für Kosten der Fusionen und der Kapitalerhöhung, dieser Betrag zugunsten der offenen Reserven, ferner 67,86 (26,06) Mill. Mark Steuern und Abgaben. Außerdem 15,01 (6,42) Mill. Mark für Wohlfahrtseinrichtungen und schließlich 21,75 (8,50) Mill. Mark Abschreibungen auf Bankgebäude und Einrichtungen. Nach Verrechnung der genannten Summen verbleibt ein Reingewinn von 185,07 (64,46) Mill. Mark, aus dem die Aktionäre 17,54 (3,3) Mill. Mark erhalten; das ist auf 400 (275) Mill. Mark eine Dividende von 18 (12) Proz., die bisher höchste, seit dem von 1870 datierenden Bestehen der Bank. Der Vortrag erhöht sich auf 13,96 (11,33) Mill. Mark, durch die Zuweisung der 71,91 Mill. Mark und das Aufgeld aus der letzten Kapitalerhöhung steigen die offenen Reserven der Deutschen Bank auf 450 Mill. Mark, bei einem Aktienkapital von 400 Mill. Mark, so daß das eigene Vermögen der Bank danach auf 850 Mill. Mark angewachsen ist.

Im Vergleich mit den beiden vorangegangenen Jahren, dem ersten Kriegs- und dem letzten vollen Friedensjahre, stellen sich die einzelnen Posten der

Bilanz		1920	1919	1918	1914	1913
(alles in 1000 M.) zu folgendem Bilde zusammen:						
<b>Aktiven</b>						
Kasse, fremde Geldsorten, Coup. sowie Guthaben bei Noten u. Abrechnungsbank	1 183 373	740 728	468 632	283 968	127 449	—
Guthaben bei Banken und Bankfirmen	1 185 081	1 189 483	282 707	73 712	61 735	—
Wechsel u. unverzinsl. Schatzanweisungen	16 025 922	9 733 546	4 616 847	674 610	689 402	—
DeutscheSchatzanweis.	85 286	116 719	196 818	115 688	110 842	—
Report und Lombard eigene Wertpapiere	217 350	273 540	629 101	254 399	233 227	—
Eigene Wertpapiere	69 585	59 096	45 583	57 252	50 890	—
	18 769 497	12 122 107	6 230 489	1 459 029	1 233 014	—
<b>Die vorstehenden Aktiven decken v. sämtlichen (kurs- u. langfristigen) Verpflich. Vorschüsse auf Waren u. Warenverschiffung</b>						
	58,30%	86,88%	91,40%	65,27%	63,64%	—
Schuldn. in lauf. Rechnung gedeckte	2 000 202	1 570 964	825 876	754 269	512 441	—
ungedeckte	1 285 773	549 854	190 830	217 680	126 019	—
Konsortialbeteiligung	38 368	23 828	23 846	54 934	53 462	—
Dauernde Beteiligung bei Banken u. Bankfirmen	76 717	53 604	39 676	58 412	82 409	—
Bankgebäude	47 640	40 000	40 000	48 000	31 500	—
<b>Passiven</b>						
Rechnung	21 580 004	13 822 022	6 740 197	2 042 101	1 580 046	—
Noch nicht eingelöste Schecks	154 071	138 067	32 495	7 364	16 624	—
Akzepten	—	—	38 912	155 193	284 078	—

Den weitaus gewaltigsten Posten in der Bilanz bilden die Gläubigerlaufende Rechnung mit 21 580 (13 822) Mill. Mark. Hierbei ist besonders zu beachten, daß die Bilanz und Verlustziffern zu berücksichtigen war, daran erinnert, daß die Deutsche Bank im abgelaufenen Rechnungsjahre die Hannoverische Bank, die Privatbank zu Gotha und die Braunschweigische Privatbank gänzlich übernommen hat; freilich altzeitlich macht das in diesem Ozean von Zahlen nicht gerade aus. Die Kreditoren haben um etwa 65 Proz. zugenommen. Gewiß sind es nicht die Zinsen, durch die die fremden Gelder angelockt werden. Man weiß, daß die Banken nichts weniger als übermäßig hohe Vergütungen gewähren. Vielmehr können sie diese doch um einiges erhöhen. Aber es ist das Vertrauen des In- und Auslandes zu unseren D-Banken, das ihnen die enormen Mittel zuführt. Unter den Kreditoren befindet sich nur ein winziger Betrag von 3,21 Mill. Mark Verbindlichkeiten für eigene Rechnung, Hypotheken, die noch nicht abgelöst werden konnten. Depositen machen 12,968 (7,9) Milliarden Mark aus, und sonstige Kreditoren 8,58 (6,9) Milliarden Mark. Akzepten gehen mit 154,07 nur wenig über die vorjährigen von 138,07 Mill. Mark hinaus. Das deutsche Akzept bürgert sich wieder ein, aber bei der schwankenden Valuta geht das begrifflicherweise nur langsam. Die Gesamtheit der Verbindlichkeiten stellt sich auf 21,734 (13,960) Mill. Mark. Aus der Höhe solcher Verbindlichkeiten ergibt sich für die Bank die Notwendigkeit, in den Anlagen möglichst flüssig zu sein. Dieses Streben ist denn auch erreicht, denn die Gesamtheit der flüssigen Mittel deckt die Verbindlichkeiten zu etwa 86,39 (86,88) Prozent. Die Liquidität der Bank ist also ganz bedeutend. Die allerflüssigsten Mittel machen zusammen 18 766 (12 122) Mill. Mark aus. Darunter stellen Wechsel und unverzinsliche Schatzanweisungen bei der starken Erhöhung von 9 733,5 auf 16 025,9 Mill. Mark den Hauptposten dar. Nach unseren Informationen befinden sich darunter etwas mehr Wechsel als im Vorjahre. Man gibt sich die größte Mühe, den alten Handelswechsel wieder zu seiner Bedeutung zu bringen. An Kasse und Bankguthaben waren am Bilanztag zusammen 2 000 202 (1 185 081) Mill. Mark vorhanden. Solche Summen müssen bereitliegen bei der enormen Größe des Konzerns und bei den Geldsummen, wie sie heutzutage in Bewegung sind. Verzinsliche deutsche Schatzanweisungen waren 85,29 (116,72) Mill. Mark im Portefeuille der Bank. Reports und Lombards sind, wie bei den übrigen Großinstituten, zurückgegangen, und zwar von 273,54 auf 217,35 Mill. Mark. Sie spielen, wie auf der anderen Seite der Bilanz die Akzepten, in dem Risikobereich von heute nicht mehr die Bedeutung wie früher; man hat beispielsweise weniger Vorschüsse an die Kommunen gegeben, was wohl zu verstehen ist. Der Bestand an eigenen Wertpapie-

ren ist mit 69,50 (59,10) Mill. Mark bewertet. Wenn man sich den Umfang des Beteiligungsfeldes des Instituts in diesem Bankjahre, sowie die Übernahme der vorher genannten Banken vergewissernd, und ferner die hohen Kurse in Rechnung stellt, wird man gern zugeben, daß hier eine vorsichtige Bewertung stattgefunden haben muß, daß ein Teil der Gewinne Rückstellungen gefunden hat. Was will es beispielsweise besagen, daß die Deutsche Bank 38,51 Mill. Mark „sonstige Börsenmäßige Wertpapiere“ an ihrem Bilanztag besessen hat.

Unter den übrigen Aktiven stehen Debitoren zusammen mit 2286 (2119) Mill. Mark an erster Stelle. Davon sind ein reichliches Drittel (im Vorjahr ein Viertel) ungedeckte Schulden. Die starke Vermehrung, die für die ungedeckten weit mehr als eine Verdoppelung bedeutet, ist eine Folge der allgemeinen Lage; es werden große Kredite in Anspruch genommen. Die Deckung besteht teils in Waren, teils in Effekten, wie üblich. Die Vorschüsse auf Waren und Warenverschiffungen zeigen eine Zunahme um 321 auf 536 Mill. Mark, was zum Teil mit dem lebhafteren Geschäft, andererseits aber auch mit den höheren Preisen zusammenhängt. Die Beteiligung an Gemeinschaftsunternehmen ist mit 38,36 (23,83) Mill. Mark bewertet. Für die Konsortialgeschäfte gilt, was wir vorher über die eigenen Wertpapiere gesagt haben, in erhöhtem Maße. Der Geschäftsbericht, der heute noch nicht vorliegt, wird zweifellos ausweisen, daß bei dem Institut das Geschäft in Gemeinschaftsunternehmen umfangreicher war, als je zuvor. Die Dauernden Beteiligungen bei anderen Banken und Firmen, einschließlich der an der Reichsanleihe-Akt.-Ges. stehen in der Bilanz mit 76,72 (53,60) Mill. Mark. Die Zunahme um rund 23 Mill. Mark erklärt sich aus der Vollzahlung auf die Beteiligung an der Reichsanleihe-Akt.-Ges. aus der Übernahme junger Aktien der Essener Creditanstalt, aus der Hildesheimer Bank. Die Bankgebäude sind mit 47,64 (40) Mill. Mark eingestellt. Die Baustätigkeit innerhalb des Bankkonzerns während des letzten Jahres war recht groß. Die Summe, um die sich gegen das Vorjahr dieses Konto erhöht hat, wird aus dem Reingewinn wieder abgeschrieben, so daß nach Genehmigung durch die Generalversammlung die Bankgebäude wiederum unverändert mit 40 Mill. Mark zu Buche stehen.

Auf beiden Seiten der Bilanz erscheinen 178,38 (1217,17) Mill. Mark Forderungen an das Reich und die Reichsbank aus Verbindlichkeiten, die für Rechnung des Reiches und der Reichsbank übernommen worden sind; es ist dies eine außerordentlich starke Verminderung; die Reichsbank hat eben ihre Verbindlichkeiten aus Krediten in den neutralen Ländern stark reduziert, wie beispielsweise gänzlich in Schweden und Holland und zum großen Teil auch in der Schweiz. Die Bürgschaften sind von 1462 auf 1154 Mill. Mark reduziert, da namentlich die Industrie ihre Verpflichtungen im neutralen Ausland, wie die Erschulden, abgetragen hat. — Die Zahl der Konten hat sich um etwa 137 000 auf annähernd dreiviertel Millionen vermehrt; sie wird um ein Beträchtliches weitersteigen, wenn das Institut die geplanten Filialen in Magdeburg, Regensburg und Amsterdam errichtet haben wird.

Der Aufsichtsrat hat beschlossen, in Godesberg, Eydtkühnen und Tilsit Niederlassungen zu errichten.

ug Aus dem Konzern der Deutschen Rückversicherungs-Akt.-Ges. in Düsseldorf. Es werden folgende Dividenden beantragt: Deutsche Rückversicherungs-Akt.-Ges. in Düsseldorf 27,50 (i. V. 25) M. pro Aktie aus Reingewinn von 467 242 (808 130) M.

Düsseldorfer Rückversicherungs-Akt.-Ges. 37,50 (i. V. 25) M. pro Aktie aus Reingewinn von 238 560 (161 527) M.

Rheinisch-Sächsische Versicherungs-Akt.-Ges. in Düsseldorf 37,50 (i. V. 20) M. pro Aktie aus Reingewinn von 214 073 (47 880) M.

Düsseldorfer Allgemeine Versicherungs-Akt.-Ges. 12 (i. V. 10) Proz. aus Reingewinn von 1,20 (0,59) Mill. Mark.

Rheinisch-Schlesische Versicherungsbank, Akt.-Ges. in Düsseldorf 6 (i. V. 0) Proz. aus 180 728 M. Reingewinn.

Cadonnatas, Versicherungs-Akt.-Ges. in Köln, beschloß ihr erstes vom 15. September bis 31. Dezember abgelaufenes Geschäftsjahr mit 65 451 M. Reingewinn, der zum Neuvortrag kommt.

ug Vom Hebeverband. Der Hebeverband in Berlin erhöhte mit Wirkung vom 15. d. M. ab die Grundpreise für Hofe von 4,20 auf 5,10 M. Von diesem Termin ab wird die Hebe franco geliefert.

Neuer Brauwaldungspreis. Laut Bekanntmachung des Reichsmonopoliens für Brauwaldung wird für den innerhalb des allgemeinen Brauwaldungspreises in Betriebjahr 1920/21 bereitgestellten, im Mai abgeführten Brauwaldungspreis in Abänderung der früheren Bestimmungen ein Zuschlag zum Grundpreise von 17 M. für den in Juni abgeführten dieser Art ein Zuschlag von 10 M. erbeten, während für den übrigen in Juni abgeführten aus neuer Meise ein Zuschlag von 10 M. für 1919 in Weinpreis gemacht werden soll.

Zuckerfabrik Neuwerk-Zuckerfabrik Bennigsen. Die Verwaltungen beider Unternehmen beschließen, eine Interessengemeinschaft zu errichten. Die Zuckerfabrik Neuwerk will gleichzeitig ihr Kapital um 3 auf 7,5 Mill. Mark und die Zuckerfabrik Bennigsen das ihrige um 1,8 auf 3 Mill. Mark erhöhen. Hierbei sollen die Aktionäre von Neuwerk auf 4500 M. ihrer Aktien 1500 M. Bennigsen-Aktien zu 145 Proz. angeboten werden, während die Aktionäre von Bennigsen ein Bezugsrecht auf 3000 M. Neuwerk-Aktien zu 120 Proz. für je 1500 M. ihrer Aktien erhalten. Weiter wollen beide Gesellschaften zum Austausch Vorzugsaktien mit einfachem Stimmrecht, und zwar Neuwerk 3 Mill. Mark und Bennigsen 1,5 Mill. Mark, schaffen.

Hamburger Konkurs. Ueber das Vermögen der erst im März d. J. gegründeten Hochseefischerei und Fischindustrie Heilbrock Akt.-Ges., die mit 8 Mill. Mark Kapital arbeiten sollte, ist der Konkurs verhängt worden. Der Vorstand selbst erklärt,

## Ergänzung zum Berliner Kurs am 9. Juni

Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs	Bezeichnung	Kurs
40. Schutz	73.10	41. Schutz	73.10	42. Schutz	73.10	43. Schutz	73.10	44. Schutz	73.10
45. Schutz	73.10	46. Schutz	73.10	47. Schutz	73.10	48. Schutz	73.10	49. Schutz	73.10
50. Schutz	73.10	51. Schutz	73.10	52. Schutz	73.10	53. Schutz	73.10	54. Schutz	73.10
55. Schutz	73.10	56. Schutz	73.10	57. Schutz	73.10	58. Schutz	73.10	59. Schutz	73.10
60. Schutz	73.10	61. Schutz	73.10	62. Schutz	73.10	63. Schutz	73.10	64. Schutz	73.10
65. Schutz	73.10	66. Schutz	73.10	67. Schutz	73.10	68. Schutz	73.10	69. Schutz	73.10
70. Schutz	73.10	71. Schutz	73.10	72. Schutz	73.10	73. Schutz	73.10	74. Schutz	73.10
75. Schutz	73.10	76. Schutz	73.10	77. Schutz	73.10	78. Schutz	73.10	79. Schutz	73.10
80. Schutz	73.10	81. Schutz	73.10	82. Schutz	73.10	83. Schutz	73.10	84. Schutz	73.10
85. Schutz	73.10	86. Schutz	73.10	87. Schutz	73.10	88. Schutz	73.10	89. Schutz	73.10
90. Schutz	73.10	91. Schutz	73.10	92. Schutz	73.10	93. Schutz	73.10	94. Schutz	73.10
95. Schutz	73.10	96. Schutz	73.10	97. Schutz	73.10	98. Schutz	73.10	99. Schutz	73.10
100. Schutz	73.10	101. Schutz	73.10	102. Schutz	73.10	103. Schutz	73.10	104. Schutz	73.10
105. Schutz	73.10	106. Schutz	73.10	107. Schutz	73.10	108. Schutz	73.10	109. Schutz	73.10
110. Schutz	73.10	111. Schutz	73.10	112. Schutz	73.10	113. Schutz	73.10	114. Schutz	73.10
115. Schutz	73.10	116. Schutz	73.10	117. Schutz	73.10	118. Schutz	73.10	119. Schutz	73.10
120. Schutz	73.10	121. Schutz	73.10	122. Schutz	73.10	123. Schutz	73.10	124. Schutz	73.10
125. Schutz	73.10	126. Schutz	73.10	127. Schutz	73.10	128. Schutz	73.10	129. Schutz	73.10
130. Schutz	73.10	131. Schutz	73.10	132. Schutz	73.10	133. Schutz	73.10	134. Schutz	73.10
135. Schutz	73.10	136. Schutz	73.10	137. Schutz	73.10	138. Schutz	73.10	139. Schutz	73.10
140. Schutz	73.10	141. Schutz	73.10	142. Schutz	73.10	143. Schutz	73.10	144. Schutz	73.10
145. Schutz	73.10	146. Schutz	73.10	147. Schutz	73.10	148. Schutz	73.10	149. Schutz	73.10
150. Schutz	73.10	151. Schutz	73.10	152. Schutz	73.10	153. Schutz	73.10	154. Schutz	73.10
155. Schutz	73.10	156. Schutz	73.10	157. Schutz	73.10	158. Schutz	73.10	159. Schutz	73.10
160. Schutz	73.10	161. Schutz	73.10	162. Schutz	73.10	163. Schutz	73.10	164. Schutz	73.10
165. Schutz	73.10	166. Schutz	73.10	167. Schutz	73.10	168. Schutz	73.10	169. Schutz	73.10
170. Schutz	73.10	171. Schutz	73.10	172. Schutz	73.10	173. Schutz	73.10	174. Schutz	73.10
175. Schutz	73.10	176. Schutz	73.10	177. Schutz	73.10	178. Schutz	73.10	179. Schutz	73.10
180. Schutz	73.10	181. Schutz	73.10	182. Schutz	73.10	183. Schutz	73.10	184. Schutz	73.10
185. Schutz	73.10	186. Schutz	73.10	187. Schutz	73.10	188. Schutz	73.10	189. Schutz	73.10
190. Schutz	73.10	191. Schutz	73.10	192. Schutz	73.10	193. Schutz	73.10	194. Schutz	73.10
195. Schutz	73.10	196. Schutz	73.10	197. Schutz	73.10	198. Schutz	73.10	199. Schutz	73.10
200. Schutz	73.10	201. Schutz	73.10	202. Schutz	73.10	203. Schutz	73.10	204. Schutz	73.10
205. Schutz	73.10	206. Schutz	73.10	207. Schutz	73.10	208. Schutz	73.10	209. Schutz	73.10
210. Schutz	73.10	211. Schutz	73.10	212. Schutz	73.10	213. Schutz	73.10	214. Schutz	73.10
215. Schutz	73.10	216. Schutz	73.10	217. Schutz	73.10	218. Schutz	73.10	219. Schutz	73.10
220. Schutz	73.10	221. Schutz	73.10	222. Schutz	73.10	223. Schutz	73.10	224. Schutz	73.10
225. Schutz	73.10	226. Schutz	73.10	227. Schutz	73.10	228. Schutz	73.10	229. Schutz	73.10
230. Schutz	73.10	231. Schutz	73.10	232. Schutz	73.10	233. Schutz	73.10	234. Schutz	73.10
235. Schutz	73.10	236. Schutz	73.10	237. Schutz	73.10	238. Schutz	73.10	239. Schutz	73.10
240. Schutz	73.10	241. Schutz	73.10	242. Schutz	73.10	243. Schutz	73.10	244. Schutz	73.10
245. Schutz	73.10	246. Schutz	73.10	247. Schutz	73.10	248. Schutz	73.10	249. Schutz	73.10
250. Schutz	73.10	251. Schutz	73.10	252. Schutz	73.10	253. Schutz	73.10	254. Schutz	73.10
255. Schutz	73.10	256. Schutz	73.10	257. Schutz	73.10	258. Schutz	73.10	259. Schutz	73.10
260. Schutz	73.10	261. Schutz	73.10	262. Schutz	73.10	263. Schutz	73.10	264. Schutz	73.10
265. Schutz	73.10	266. Schutz	73.10	267. Schutz	73.10	268. Schutz	73.10	269. Schutz	73.10

daß die Angelegenheit noch die Gerichte beschäftigen werde, da die Vorgänge bei der Gründung noch dringend der Aufklärung bedürften.

H. F. Ohle's Erben, Akt.-Ges. in Breslau. Die Aktien der Gesellschaft haben in den letzten Tagen eine erhebliche Kurssteigerung zu verzeichnen gehabt.

Kirchner & Co., Akt.-Ges. in Leipzig. Im Prospekt über die Zulassung von 4 Mill. Mark neuer Aktien zum Handel an der Berliner Börse wird gesagt, daß die Aufträge in den ersten sechs Monaten des laufenden Jahres das Vierfache des Vorjahres betragen, und man könne auch diesmal wieder mit einem zufriedenstellenden Ergebnis rechnen.

Munitionsmaterial- und Metallwerke Hindrichs Auffermann, Akt.-Ges. in Barmen-Rittershausen. Die „B. B. Z.“ vorzeichnet eine holländische Meldung, wonach ein holländischer Konzern an dieser Gesellschaft Interesse genommen habe.

anderer Seite verläutet, daß die Gesellschaft eine Kombination mit der Akt.-Ges. für Federstahlindustrie vorm. Hirsch in Kassel vorbereite.

Gratifikation bei der F. W. Busch Akt.-Ges. in Lüdenscheid. Der Generalversammlung wird die Verteilung einer Dividende von 20 Proz. (i. V. 20 Proz. und 10 Proz. Bonus) vorgeschlagen.

ap Ringsdorf-Werke in Mehlum (bei Bonn). Unter diesem Namen wurde mit 8 Mill. Mark Kapital die bisherige Firma Karl Ringsdorf in eine Akt.-Ges. umgewandelt.

Kaschau-Oderberger Eisenbahn. Mit Rücksicht darauf, daß ein beträchtlicher Teil der zur Konvertierung der 4proz. Prioritäts-Obligationen der Kaschau-Oderberger Eisenbahn festgesetzten Frist bereits abgelaufen ist, dürfte es für die Besitzer dieser Papiere — soweit es nicht schon geschehen ist — angebracht sein, den Konvertierungsstellen ihre Weisungen hinsichtlich ihres Obligationenbesitzes umgehend zugehen zu lassen.

Währung muß bis längstens 30. Juni vorgenommen werden, widrigenfalls die am 31. März d. J. erfolgte außerordentliche Verlosung sämtlicher Prioritäts-Obligationen in Kraft tritt.

Londoner Wollaktion vom 8. Juni. Auf der Wollaktion wurden 11 500 Ballen angeboten in guten Sortierungen.

Liverpool, 8. Juni. Haemwolle. Futtermittler Umsatz 2000 Ballen. Import 2630 Ballen. American July middling loco 8.21 Juni 8.05, Juli 8.21, August 8.24, September 8.46, Oktober 8.58, November 8.84, Aegypten Juli 14.00, November 14.25, Januar 14.45.

Amerikanische Ernteaussichten. Nach den veröffentlichten Berichten des Ackerbaubüros betrug der mittlere Stand des Winterweizens 72.9 Proz. Frühjahrsweizen 86.72, Frühjahrsweizen 82.03, Hafer 44.829 und Gerste 77.13, alles 1920 Acre.

Schiffenachrichten. Holland-Amerika-Linie. Dampfer „Ryndam“ von New York nach Rotterdam ist am 7. Juni in Rotterdam eingetroffen.

PROSPEKT

Mark 4 000 000.— neue Stammaktien

Kirchner & Co. Aktiengesellschaft

in Leipzig-Sellerhausen

4000 Stück zu je Mark 1000, Nr. 3501—7500.

Die Bilanz nebst Gewinn- und Verlust-Rechnung für das am 30. Juni 1920 abgelaufene Geschäftsjahr stellt sich wie folgt:

Table with columns: Aktiva, Bilanz per 30. Juni 1920, Passiva. Includes sub-headers: Grundkapital, Rücklagen, Maschinen, etc.

\*) Bestand am 28. 2. 21 Nr. 731 970.82. \*) Bestand am 28. 2. 21 Nr. 7 679 485.40. \*) Bestand am 28. 2. 21 Nr. 6 804 444.—.

Table with columns: Debet, Gewinn- und Verlust-Rechnung für 1919/20, Kredit. Includes sub-headers: Fabrikations-Rente und Geschäftskosten, Abschreibungen, etc.

\*) Davon entfallen Nr. 410 276.27 auf Steuern.

Die Gesellschaft hat im Jahre 1920 eine Hypothekendarlehnung von Nr. 1 250 000 in 4% Schuldscheinen, rückzahlbar zu 100%, bis 31. Dezember 1924, aufgenommen.

Der Flächeninhalt des Fabrikgrundstücks beträgt zurzeit 25 072 qm. Das Grundstück besitzt eigene Wasserleitung und Abwasserkanal nach dem Hauptkanal der Stadt Leipzig.

Die Gesellschaft beschäftigt zurzeit etwa 1100 Arbeiter und Beamte.

Die Gesellschaft besitzt ein Dampfkräftwerk mit Wasserkraft in Rottorf, das als Reservekraft für die von der Gesellschaft angefertigten großen Sägemaschinen benutzt wird und ferner dazu dient, diese den Interessenten im Betriebe vorzuführen.

Die Gesellschaft gehört folgenden Verbänden und Vereinen an: Verein Deutscher Maschinenbauanstalten, Charlottenburg; Verein Deutscher Werkzeugmaschinenfabriken, Charlottenburg; Verein Deutscher Holzmaschinenfabriken, Charlottenburg; etc.

Über den Geschäftsgang im laufenden Geschäftsjahr ist zu berichten, daß die Aufträge in den ersten sechs Monaten des Jahres gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres betrugen. Wenn keine unvorhergesehenen ungünstigen Ereignisse eintreten, kann auch im laufenden Jahre mit einem betriebsgemäßen Ergebnis gerechnet werden.

Leipzig-Sellerhausen, im Mai 1921.

Kirchner & Co. Aktiengesellschaft.

Auf Grund vorstehenden Prospektes sind Mark 4 000 000 neue Stammaktien der Kirchner & Co. Aktiengesellschaft in Leipzig-Sellerhausen 4000 Stück zu je Mark 1000, Nr. 3501 bis 7500 zum Handel an der hiesigen Börse zugelassen worden.

Berlin, im Mai 1921.

Direction der Disconto-Gesellschaft.





### Staatliche Unterstützung der Konservatorien

Sächsischer Landtag

(Drahtbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)

© Dresden, 9. Juni.

Auf der Tagesordnung stehen zunächst drei kurze Anfragen.

Abg. Dr. Schmidt-Plauen (D. V.) fragt, was die Regierung tun will, um die Schädigungen des berufsmäßigen Handels abzuwenden, die durch Eindeckung des Bedarfs der staatlichen Anstalten durch die Landesverpflegungsmänter entstehen.

Minister Lipinski erwidert, daß die Regierung versucht, die Einkaufspreise herabzusetzen. Dabei ist man einer Anregung des Reichsfinanzministeriums gefolgt, sich an der Beschaffung von Lebensmitteln zu beteiligen. Es handle sich nur um einen Versuch. Bei der endgültigen Entscheidung werde auf die Interessen der Allgemeinheit Bedacht genommen werden.

Abg. Dr. Hübshmann (D. V.) fragt, warum zum Leiter der staatlichen Berufsberatung ein Mitglied der U. S. P. D. aus Berlin berufen worden sei, das nicht einmal die deutsche Rechtschreibung beherrsche, warum der (demokratische) Regierungsrat Meißner, der an dieser Berufung Kritik geübt habe, seines Amtes entsetzt und durch das Mitglied der S. P. D. Külich ersetzt worden sei.

Arbeitsminister Jäckel

entgegnet (Schwer verständlich), bei Berufung des Vereines Adolf Kirch habe keine parteipolitische Stellung nicht den Ausschlag gegeben, sondern seine guten Zeugnisse und Empfehlungen. (Ob-Rufe rechts.) Er leitete zuletzt in Berlin die Beratungsstelle für geistig Anormale. (Gelächter.) Es ist anzunehmen, daß er in der Lage ist, die übertragene Stelle zu versehen. Die Rechtschreibung beherrscht er nicht weniger als die Beamten im allgemeinen. (Heiterkeit.) Gegenüber Bemerkungen sind unpaß und erklären sich aus dem Bestreben gewisser Reporter, die sich auf unklare Weise materielle Vorteile verschaffen wollen. Regierungsrat Meißner ist nicht seines Amtes entsetzt, sondern wird als Hilfsarbeiter in einer anderen Abteilung weiter beschäftigt. Seine Abberufung vom Landesamt für Arbeitsvermittlung erfolgte aus sachlichen Gründen. (Zuruf: Welche?) Zum Zweck der Aufrechterhaltung der Arbeitsdisziplin im Arbeitsministerium. Sein Nachfolger Külich ist berufen, weil seine Person die Weiterentwicklung des Amtes gewährleistet.

Abg. Dr. Hübshmann (D. Vpt.) stellt die Ergänzungfrage, welche sachlichen Gründe bei der Amtsenthebung Meißners maßgebend gewesen sind.

Minister Jäckel: Die Organisation des Amtes entsprach nicht den Anforderungen.

Ueber die Gründe der Amtsenthebung will sich der Minister im Interesse der Beteiligten vor der Öffentlichkeit nicht äußern.

Abg. Seyfert fragt schließlich, welche Stellung die Regierung bei den Beratungen des Reichsausschusses zur Frage der Lehrerbildung und der Aufbau- und der deutschen Oberschule einnehmen will.

Ministerialdirektor Dr. Michel erwidert, daß diese Frage im Reichsausschuss noch nicht zur Beratung stehe. Die sächsische Regierung werde auf eine Entscheidung dringen. Sie werde für die Beibehaltung der Oberstufe eintreten, um 1922 mit dem Abbau der Seminare beginnen zu können.

Auf Vorschlag des Präsidenten Frickhoff werden dann die beiden beim Landtag eingegangenen Gesetzentwürfe über den Staatsrechnungshof und die dringlichen Anforderungen zum Staatshaushalt 1921 an den Reichsausschuss verwiesen.

Zur Erörterung der Verhältnisse in der Landesblindenanstalt Chemnitz-Altenhof wird dann ein Untersuchungsausschuss eingesetzt. In Mitgliedern werden gewählt: die Abgeordneten Reithold und Sander (Dem.), Dr. Hübshmann und Dr. Herrmann (D. Vpt.), Dr. Seyfert (Dem.), Müller-Ehemann, Franz und Frau Wagner (Soz.), Schnitz und Krähner (Unabh.) und Oranz (Komm.).

### Der Plan einer Staatshochschule für Musik.

Zuletzt berichtete Abg. Menke (Unabh.) namens des Prüfungsausschusses über eine ganze Reihe Eingaben wegen Unterstützung der Konservatorien im Zusammenhang mit dem Plan der Errichtung einer Staatshochschule für Musik und redende Künste. Es handelt sich um Eingaben der Direktoren und Lehrkollegen der Konservatorien für Musik und Theater in Leipzig und Dresden und andere, die sämtlich der Tendenz nach sich gegen den Plan der Staatshochschule richten. Der Prüfungsausschuss beantragt:

Der Landtag wolle beschließen: a) Die auf die Unterstützung der Konservatorien zu Dresden und Leipzig bezüglichen Eingaben der Regierung zur Erwägung zu übermitteln mit der Einschränkung, daß in Anbetracht der gegenwärtigen Finanzlage des Staates die Unterstützungen nicht in der geforderten Höhe gewährt werden; b) gegenüber dem Plan einer Staatshochschule für Musik und redende Künste sich nicht grundsätzlich ablehnend zu verhalten, aber zu empfehlen, daß von der Errichtung so lange abgesehen werde, bis der Staat die nötigen Mittel zur Verfügung hat; c) damit alle weiteren Eingaben für erledigt zu erklären.

Die Abg. Arst (Soz.) und Warthel (Unabh.) haben hierzu folgenden Änderungsantrag eingebracht:

Der Landtag wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, a) die auf die Unterstützung und Verstaatlichung der Konservatorien bezüglichen Eingaben der Regierung insoweit zur Berücksichtigung zu überweisen, als eine finanzielle Unterstützung in Frage kommt; hierbei ist von der Regierung zu beachten, daß eine Unterstützung nur gewährt wird, um die genannten Konservatorien zu erhalten, nicht um Privatunternehmen einen Gewinn einzubringen; b) gegenüber dem Plan einer Staatshochschule für Musik usw. sich nicht grundsätzlich ablehnend zu verhalten, den Plan in irgendeiner Form zu berücksichtigen und dem Landtage eine entsprechende Vorlage zu machen; c) damit alle weiteren Eingaben für erledigt zu erklären.

Abg. Frau Wätner (Soz.): Die Konservatorien müssen in der Lage sein, ihre Lehrkräfte ausreißend zu bezahlen. Der Errichtung der Staatshochschule stimme ihre Fraktion zu. Die Konservatorien Leipzig und Dresden müssen jedoch erhalten bleiben. Die Rednerin bezieht sich auf die bekannten Ausführungen Dr. Wolffs vom Dienstag und weist darauf hin, daß die Ziele der Staatshochschule wesentlich andere Zwecke verfolgen als die der Konservatorien.

Abg. Fr. Gerwig (D. Vpt.) tritt namens ihrer Fraktion für den Antrag des Prüfungsausschusses ein. Die Not der Konservatorien sei groß, und die Bedeutung des Planes einer Staatshochschule sei anzuerkennen, doch gelte es augenblicklich, wichtigeren Aufgaben sozialer Art zu erfüllen.

Abg. Leithold (Dem.) erklärt, sich mit dem gegenwärtigen Stand der Kunst nicht bescheiden zu können. Das deutsche Volk sei zu stupp und dumm, um sich mit diesen Dingen zu beschäftigen.

Frau Abg. Selinger (Dem.): Der Antrag auf Unterstützung der Konservatorien finde die Unterstützung ihrer Fraktion, damit mehr Freizeiter für Wanderveranstaltungen geschaffen werden können. Wenn der Finanzminister die nötigen Mittel hätte, könne man auch dem Plan der Staatshochschule zustimmen. Im wesentlichen dürfe man dem Ausschussantrag zustimmen.

Abg. Orellmann (Dtsch.): Es ist anzuerkennen, daß es sich bei der Staatshochschule um eine große Idee handelt. Anzustreben erscheint es die Verwirklichung nicht möglich.

Abg. Wöner (Dtsch.) möchte das Leipziger Konservatorium gegenüber dem Dresdener bevorzugt wissen angesichts seiner besonders hohen künstlerischen Bedeutung. Daraus wird der sozialistische Änderungsantrag Arst und Warthel gegen die Stimmen der Rechten angenommen. Nächste Sitzung Freitag, den 10. Juni, 9 Uhr vormittags.

### Die Erhöhung der Versicherungsgrenze

Berlin, 9. Juni.

Der Reichstag genehmigte heute den Gesetzentwurf über die Abänderung des Versicherungsgesetzes für Angehörige der in den Ausschussberatungen nur unwesentliche Änderungen erfahren hat. Nach dem Entwurf wird die Versicherungsgrenze von 15000 auf 28000 Mark erhöht.

Dem Gesetze über die Beschränkung des Luftfahrzeugbaues, das der Forderung der Entente auf Grund des Friedensvertrages entspricht, stimmte der Reichstag zu unter Hinzufügung eines von den Ausschüssen angenommenen Paragrafen, wonach der durch das Gesetz geschädigten Luftfahrzeugindustrie Ersatz aus Reichsmitteln gewährt werden soll. Die Regierung hat sich gegen diese Entscheidung erklärt.

Dem Gesetzentwurf über die Verlängerung der Gültigkeitsdauer des Kohlensteuergesetzes bis zum 31. März 1922 stimmte der Reichstag zu.

### Der gute Ton im Parlament

Berlin, 9. Juni.

Im Geschäftsordnungsausschuss des Preussischen Landtages beschloß man sich mit einem Antrag des Zentrums, der, kurz gefasst, förmliche Verleugungen der Geschäftsordnung des Hauses mit Entziehung der Diäten ahnden soll. Dem Antrag wurde bei diesem Antrag angst und bange; denn nach dem letzten Austritt ihrer Redner in Landtage müssen sie, wenn der Antrag zum Beschluß erhoben wird, noch beantragen. Sie ließen durch ein Mitglied erklären, daß sie von ihren Wählern in den Landtag geschickt seien, um dort den Nachweis zu führen, daß die Parlamente ein großer Volksbeitrag seien. Wenn ihnen nun jedesmal bei der pflichtgemäßen Ausübung ihres Berufes die Diäten entzogen würden, so müßten sie sich das gefallen lassen; aber sie würden unter keinen Umständen die Faust in der Tasche lassen. Landtagspräsident Feiler rebelle den Kommunisten gut zu. Sie müßten wenigstens die Form wahren, auch wenn sie noch so scharfe Opposition machten. Sebe er sich in seiner Hoffnung gefaßt, daß die Kommunisten unvernünftig wären, so würden scharfe Maßnahmen im Landtag notwendig sein. Ein Antrag der Regierung betreffend Änderung des Diätengesetzes in der Richtung des Zentrumsantrages fand Annahme.

### Kleine politische Nachrichten

Das Gesetz über den Volksentscheid. Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde bei der ersten Lesung des Gesetzentwurfes über den Volksentscheid eine Bestimmung angenommen, wonach für den Fall, daß im Volksentscheid ein vollkommen ausgearbeitetes Gesetz dem Reichstag vorgelegt wird, dieser aber Änderungen an dem Gesetz vornimmt, beide Gesetze: das beschriebene und das vom Reichstag abgeänderte dem Volksentscheid unterbreitet werden.

Die kleinste Anfrage. Im Reichstag ist jetzt eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet worden, die in lakonischer Kürze Auskunft verlangt: Was kostet, was nützt die Reichsausschüsse? Seit das Institut der kleinen Anfragen im Reichstag geschaffen wurde, ist dies wohl die kleinste ihrer Art.

Strafverfahren gegen den Abgeordneten Oranz. Demnach wird der Sächsische Landtag sich wieder mit einem Antrag auf Verurteilung des Strafverfahrens eines Abgeordneten zu beschäftigen haben. Es handelt sich um den kommunistischen Abgeordneten Oranz, den Leiter des Konsumvereins in Limbach bei Chemnitz. In einer Mähle dieser Gegend sind feinerzeit 30 Jentner Getreide beschlagnahmt worden, die auf Veranlassung des Abgeordneten Oranz dorthin zum Ausmahlen gebracht worden sind. Das hat Veranlassung zur Einleitung eines Strafverfahrens gegen Oranz gegeben.

Karl Rautsch, der bekannte sozialdemokratische Theoretiker, der kürzlich zum Reichshabitter in den Reichswirtschaftsrat berufen wurde, hat sein Mandat niedergelegt. An seiner Stelle ist in der vorgestrigen Sitzung des Reichshabitters der ebenfalls als theoretischer Sozialist bekannte Chefredakteur der „Freiheit“ Dr. Hilferding zum Mitglied des Reichswirtschaftsrates ernannt worden.

Politik und Alkohol. Nach Nachrichten aus dem Rheinland befehen in den Kreisen der fremdbildlichen Volkungsbewegungen Pläne zur Einrichtung eines selbständigen Spiritusmonopols. Damit soll die wirtschaftliche Verbindung des Rheinlandes mit dem Deutschen Reich gelockert, größeren Mengen fremden Spiritus der Eingang ins Reich gestattet werden. Die demokratischen Abg. Eichelberg, Korrell und Ziegler haben daher eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, ob diese Pläne bekannt sind und wie sie ihnen entgegenwirken gedenken.

Der deutsche Vorkämpfer Schöner in London hat sich für einige Tage nach dem Haag begeben, wo er mit dem dort eingeflossenen Reichsminister des Auswärtigen Dr. Rosen politische Besprechungen haben wird.

Pazifisten-Kongress und Wiederaufbau. Auf Anfang Oktober ist der 18. Deutsche Pazifisten-Kongress einberufen worden. Für die Behandlung soll das Gesamtergebnis „Der Wiederaufbau Europas“ den Rahmen abgeben.

Der nächste Kongress der Union der Völkerbündlervereinigungen soll im Herbst 1922 stattfinden. Der Kongressort ist noch nicht bestimmt. Es liegen Einladungen von Warschau, Prag und Wien vor.

Ebert als Beispiel für Horrib. Im ungarischen Parlament wurde energig Klage geführt über die hohen Kosten, die Reichswirtschaftsminister Horrib dem Land verursacht. Sie belaufen sich auf 30 Millionen ungarische Kronen, das Vierfache der Kosten der Hofhaltung der Monarchie. Als Vorbild wurde die Lebensführung des Reichspräsidenten Ebert hingestellt.

Die wertlose Polenmark. Wie die „Post“ aus Warschau meldet, wurden an der heutigen Börse im Privatverkehr für die Reichsmark bis über 20 Polenmark, für Franken 110 Polenmark und für Dollar 1300 Polenmark bezahlt. Die politische Regierung wird demnach nicht mehr kleinere Kassenscheine drucken können, da sich die Druckkosten höher als der Nennwert stellen würde.

Ichtschöner, der russische Volkskommissar des Auswärtigen, ist wie die „Frankf. Zeitung“ hört, vollkommen abgebrannt. Er bedarf einer längeren Erholung und geht zwei bis drei Monate auf Urlaub. Während dieser Zeit übernimmt Litwinow die Leitung des Kommissariats des Auswärtigen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er einträglich zum Kommissar des Auswärtigen ernannt wird, da Ichtschöner körperlich und geistig verbrannt ist.

Schweres Eisenbahnunglück in Frankreich. Bei Dompreire in Frankreich hat sich ein schweres Eisenbahnunglück ereignet, bei dem 16 Personen getötet wurden. Im Zuge befanden sich der Kardinalerzbischof von Paris und viele Senatoren und Abgeordnete.

### Kriegsbeschuldigten-Prozess Ramdohr

(Schluß des Berichts aus dem 1. Morgenblatt.)

Kommernrat Schwarz aus Berlin sagt als Zeuge aus, es seien der Kommandantur wiederholt Denunzationschreiben zugegangen. Die Dunkelzelle sei immer noch so hell gewesen, daß man die Gegenstände in der Zelle erkennen konnte. Das Gefängnis sei dort meist stark besetzt gewesen, und zwar von Schwämmern. Ein großer Raum vom vielleicht 30 Quadratmeter sei deshalb durch Bretterwände in vier Zellen geteilt worden, und so seien einige Zellen etwas dunkler geworden. Er habe niemals mitschuldig Kinder im Gefängnis gesehen; wenn Mitschuldungen vorgekommen wären, hätten sich die Eltern der Kinder lieber bei ihm bedient, denn er sei sehr lange im Orte gewesen. Dem Angeklagten traue er nicht zu, daß er Kinder mitschuldig habe. Er sei ein unbefähigter, pflichttreuer Beamter gewesen. Mitschuldungen von Kindern etwa durch Soldaten habe er für ganz ausgeschlossen.

Der nächste Zeuge, Oberregierungssekretär Ditz, gibt Auskunft über die Anstellung von Feldpolizeibeamten und über die Instruktionen, die er ihnen bei der Ausbildung erteilt hat. Zur Sache selbst bzw. zu den Beschuldigten, die gegen Ramdohr erhoben worden sind, weiß der Zeuge wenig anzugeben. Mit der Glaubwürdigkeit der Belger hat der Zeuge in seiner Praxis die trübsten Erfahrungen gemacht. Die Belger hätten unter allen Umständen zusammen, wenn sie einen ihrer Landsleute, gegen den eine Unterfuchung schwebt, frei machen wollen. Von Landarbeit Belgiern sagt zunächst kein einziger bei der Vernehmung die Wahrheit. Wenn einer nicht dem Befehl seiner Organisation gehorchen würde, hätte er sicher Strafe zu befürchten. Das Schwören der Belger vor ihrer Vernehmung war meist nur eine Komödie oder Spielerei. Der Zeuge gibt einige Fälle bekannt, aus denen hervorgeht, wie fest der Zusammenhalt der belgischen Bevölkerung ist, wie groß der Haß gegen Deutsche, und wie sie alles tun, um einen ihrer Landsleute der Strafe zu entziehen.

Rechtsanwalt Dr. Ahmann aus Leipzig bezeugt als Zeuge, er habe dem Angeklagten freundschaftlich geraten, aus dem Namen auf der Liste der Kriegsverbrecher Hand, mit seinen Auslagen zunächst etwas zurückhaltend zu sein, weil es nicht ausgeschlossen sei, daß das gesamte Material nach Belgien gelangt würde. Der Angeklagte habe aber überhaupt nicht gemerkt, was gegen ihn vorliege oder wessen man ihn beschuldige.

Rechtsanwalt Dr. Reitenberger geht dann ziemlich ausführlich auf die Auslagen des Angeklagten bei seiner ersten Vernehmung ein, in denen der Angeklagte so ziemlich alle gegen ihn erhobenen Beschuldigungen zurückgewiesen hat und tatsächlich sehr zurückhaltend mit seinen Auslagen gewesen ist.

Zeuge Kaufmann Dröner aus Leipzig war ebenfalls zur geheimen Feldpolizei kommandiert. Er sagt aus, daß die Angehörigen der Feldpolizei von oben herab Weisungen hatten tüchtig zu arbeiten; er schildert den Angeklagten als einen sehr geschickten und brauchbaren Beamten.

Zeuge Privatsekretär Max Siemen aus Leipzig sagt aus, daß der Angeklagte sehr erkrankt gewesen sei, als er auf der Liste der Kriegsverbrecher genannt wurde. Ramdohr habe gemeint, daß sich vielleicht ein Belger an ihm rächen wolle.

Zeuge Dröner aus Leipzig weiß von Kindernmitschuldungen durch den Angeklagten nichts.

Der letzte Zeuge, ein Berliner, hat sein Zeugnis angeboten. Er ist mit Ramdohr in Oberboulacere gewesen und schildert ihn als einen ruhigen besonnenen Menschen.

Polizeirat Bauer aus München gibt als Sachverständiger an, daß er von Belgiern und Franzosen gehört habe: Ein Reineid vor einem deutschen Gericht ist weder eine Sünde noch ein Verbrechen. Von feindlichen Flugzetteln sind damals Sprengmaterialien für die belgische Bevölkerung hinter der Front herabgeworfen worden, ferner zahlreiche Flugblätter, in denen die Belger zur Zerstörung von Brücken und Eisenbahnen aufgefordert wurden. Auch haben Kinder zur Nachrichtenvermittlung Verwendung gefunden; wir haben kleine Kinder mit Nachrichtenzetteln abgesetzt. Daß der Angeklagte Kinder festgenommen hat, kann ihm nicht verargt werden, nach dem, was der Feldpolizei über die Verwendung von Kindern bekannt war. Was die Eisenbahntransportgefahrlichkeit in Oberboulacere betrifft, so haben sich jedenfalls Erwachsene nicht mehr herangebracht und daher Kinder damit beauftragt. Nach 3 Jahren hatten manche Belgier noch Waffen versteckt, wie wir gestern durch einen belgischen Zeugen gehört haben.

Darauf wird die Verhandlung auf Freitag 10 Uhr vertagt.

### Kunst und Wissenschaft

2. Sommerkonzert des Philharmonischen Orchesters. Die Namen Mendel, Haydn und Mozart erinnerten an die Kunstübung jenes goldenen Zeitalters, dem Madame Guillonio so unendlich ein Ende machte. Des ersten, von Fritz Steinbach wieder erweckte D-Dur-Sinfonie, des anderen C-Dur-Sinfonie und des dritten, von Felix Mottl aus vier Opern zusammengestellten Balletsuite charakterisierten die angeblich musikalische Epoche. Da ist alles leicht und elegant, die Geste vornehm bis in die Fingerspitzen, der Affekt leicht verschleiert. Und wie der Mensch vor dem damals sich trug und betrug, liege sich mit Leichtigkeit an jedem einzelnen dieser Musikstücke auf dem Wege des Vergleichs nachweisen, sowohl da, wo die moralische Linie weite Bogen schlägt als auch dort, im leicht gerundeten Ornament, dem musikalischen Schmuckstückchen des sentimentalität angehauchten, an Sehner's aller Art reichen Ottocento. Unter Herrn Kapellmeister Hans L'Herbert's Führung kamen Geist und Gefühl im Orchester zu recht lebhafter Geltung, und von nicht geringer Wirkung war u. a. auch die Vorbereitung des oft reich bebauten, thematischen Innenwerkes der selten zu genießenden Sinfonie Mendels. Hof. Haydn's ungemessen melodienreiches C-Dur-Konzert hat Herrn Fritz Wähling, dem Solocellisten des Orchesters, Gelegenheit sei können zu erweisen. Der Vortrag hatte technische Gewandtheit und musikalischen Geschmack. Das den Sächsischen Kammermusik fast fallende Publikum mußte dem Solisten wie auch dem Dirigenten vielen Dank für ihre schönen Gaben.

Prof. Eugen Segnit

Hochschulnachrichten. Wie das „Leipziger Tageblatt“ hört, hat Geh. Rat Professor Dr. Mayer, der den Lehrstuhl für Geschichte der Philosophie in Heidelberg inne hatte, einen Ruf auf den Lehrstuhl des verstorbenen Geh. Rats B. Erdmann nach Berlin erhalten und angenommen.

Reisetaschen  
erhältlich  
und preiswert



Ohne Zwischenhandel  
aus der  
Koffer- und Lederwaren-Fabrik.

Winterstein, Hainstraße 2.

1921  
ten  
1921-22  
fahl  
Woolflin  
den und  
sen  
Jahre  
bel  
ng!  
wort  
le  
na  
gon.  
meine  
k. mein.  
ozig  
le  
Im  
KUNST- und  
BILDWISSEN  
ama  
Musikdir.  
Coblenz.  
päck  
Befahren  
Tel. 15451.

